

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

58. Sitzung
13. August 2020

Beginn: 15.03 Uhr
Schluss: 18.13 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Schulbeginn 2020/2021 – Auswertung des Sommers
vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie:
Schulplatzversorgung, Personalsituation im
Lehrkräftebereich, Fortbildungsangebote sowie eine
Zwischenbilanz zur Sommerschule und zum
„LernBrücken“ – Programm, LernRaum Berlin –
Nutzerzahlen & Nutzerfreundlichkeit,
Beschulungssituation – werden alle Schülerinnen
und Schüler jeden Schultag beschult?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0331](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich im Raum: Herrn Tom Erdmann, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, des Weiteren: Herrn Tilmann Kötterheinrich-Wedekind, Schulleiter am Ernst-Abbe-Gymnasium und Mitglied im Vorstand des Interessenverbands Berliner Schulleitungen e. V. – Digital zugeschaltet sind uns: Herr Robert Giese, Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule und Landesvorsitzender des GGG-Verbands für Schulen des gemeinsamen Lernens e. V., Frau Miriam Pech, Schulleiterin der Heinz-Brandt-Schule Berlin und Vorsitzende der Vereinigung der Berliner ISS-Schulleiterinnen und Schulleiter, und Frau Sandra Theede, Schulpolitik & Berufsorientierung, Industrie- und Handelskammer zu Berlin. – Hallo und herzlich willkommen!

Sandra Theede (Schulpolitik & Berufsorientierung, Industrie- und Handelskammer zu Berlin – IHK Berlin –) [zugeschaltet]: Guten Tag! Hallo!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ein Wortprotokoll ist sicherlich erwünscht. – Dann wird es so sein. Die Begründung dieses Tagesordnungspunkts erfolgt durch die CDU-Fraktion. Ich gehe davon aus, dass es Herr Stettner machen wird. – Bitte schön!

Dirk Stettner (CDU): Vielen Dank! – Wir waren nach unseren Diskussionen vor der Sommerpause, in denen wir uns intensiv über die Themen Kommunikation, Vorbereitung des nächsten Schuljahres, Plan B ausgetauscht haben, alle der Meinung, dass es notwendig und sinnvoll ist, die Praktiker und Experten heute einzuladen, um zu gucken, wie es gelaufen ist, was vorbereitet worden ist, wie heute der Stand ist und ob wir nachjustieren können. So gesehen, haben wir heute in der Anhörung zur richtigen Zeit die richtigen Experten, dafür vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Kurz und bündig. Vielen Dank! – Eine einleitende Stellungnahme gibt es durch die Senatorin. – Bitte schön!

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Ich würde gerne einführen. Es ist jetzt nicht nur unsere klassische Sitzung zum Schulstart: Wie sieht das mit den Lehrereinstellungen aus? – Das stellt für uns jeden Sommer ein zentrales Thema dar, weil wir jedes Jahr Tausende Lehrer einstellen müssen, in einem bundesweiten Konkurrenzkampf sind, die besten Lehrer zu

bekommen. Ferner ist es wichtig, dass wir unsere guten Schulen gut ausstatten können. On top kommt seit mehreren Wochen das ganze Thema Coronapandemie hinzu: Wie gehen wir damit in der Schule um? – Darüber werde ich berichten.

Letztendlich ist heute das Thema: Schulstart unter den Bedingungen der Coronapandemie. Wir haben uns hier auch intensiv ausgetauscht. Sie haben mitbekommen, dass wir sehr viel mit vielen Fachleuten erarbeitet haben, dass wir uns kontinuierlich, teilweise wöchentlich, mit den Schulleiterverbänden getroffen haben, dass Telefonschalten mit dem Landesschulbeirat stattgefunden haben. Frau Stoffers hat eine Standleitung zum Vorsitzenden des Landeselternausschusses. Ich und andere Mitarbeiter der Verwaltung haben mit ihm mehrere Telefonate geführt, um zu informieren, wie unsere nächsten Schritte sind, weil wir keine Fünfmonatspläne erstellen. Das hatten wir hier auch diskutiert, dass man in Krisenzeiten keine Fünfmonatspläne entwickeln kann, sondern dass man immer wieder vor dem Hintergrund des Pandemiegeschehens Dinge weiterentwickeln muss.

Das hat auch zur Folge, dass wir nicht nur einen Hygieneplan haben, sondern den Hygieneplan, den wir vor den Ferien – – Wir haben umfangreich am 10. Juni, also zwei Wochen vor den Ferien, im Senat informiert, wie wir uns vorstellen, in Kita und Schule einzusteigen. Im Kitabereich sind wir schon vorher in den Regelbetrieb eingestiegen. Das war den Eltern sehr wichtig. Die standen damals kräftig vor dem Roten Rathaus und forderten, dass wir in Kitas und Schulen so schnell wie möglich in den Regelbetrieb einsteigen. Das hat der Senat da auch entschieden. Am 10. – das liegt auch alles bei Ihnen auf den Tischen – ist nach Senatsbeschluss ein umfangreiches Schreiben an die Schulleitungen gegangen, damit sie sich vorbereiten können. In diesem Schreiben ist auch formuliert worden, wie wir uns einen Plan B vorstellen, wenn sich das Infektionsgeschehen verschlechtert.

Im fachlichen Austausch und in den Debatten, die wir hier im Ausschuss hatten, wurde gesagt: Ja, es war richtig, dass wir dem Wunsch der Schulleiter nachgegangen sind, einerseits Eckpunkte zu formulieren und andererseits den Schulen eine gewisse Flexibilität zu ermöglichen. Diese Flexibilität ist in vielen Bereichen gut gestaltet worden. Die Lehrkräfte waren auch sehr engagiert. Für die Lehrkräfte war das eine anstrengende Phase, dann Präsenzunterricht, parallel dazu Lernen zu Hause.

Es gab auch Beispiele, die nicht so schön waren, die Sie auch hier im Ausschuss angesprochen haben, Situationen, in denen Eltern das Gefühl hatten, es findet nicht so viel Präsenzunterricht statt, beziehungsweise, dass einfach Materialien bei den Eltern abgelegt worden sind, und die Eltern mussten gucken, wie sie klarkommen. Deshalb haben wir für uns entschieden, dass wir feste Standards haben wollen, wenn man noch einmal in so eine Phase kommt: Teilen der Klassen, feste Feedbackkommunikation, Erarbeitung von Wochenplänen, dass entsprechendes Material den Eltern zur Verfügung gestellt wird, dass sich die Lehrkräfte auf jeden Fall zweimal die Woche bei Ihren Schülerinnen und Schülern melden müssen und so weiter und so fort. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen.

Ich finde es immer spannend zu hören, es hätte keine Kommunikation stattgefunden, es sei nicht gearbeitet worden. Ich bin dankbar, dass über die Ferien alle Fachbriefe auf das Thema Lernen zu Hause angepasst worden sind, wie das ganz praktisch aussieht, aber auch mit Beispielen: Wo findet man welche Lernplattform? Wo gibt es welche Materialien? – Bis dahin, dass im Bereich Mathematik klare Folien vorbereitet worden sind, die dann einfach nur weitergeleitet wurden. Das und auch andere Dinge haben wir in der Verwaltung nicht allein erarbeitet, sondern dankenswerterweise mit Fachleuten aus der Praxis, weil wir voraussetzen – das stand auch in dem Schreiben vom 10. Juni –, dass es wichtig ist, dass wir bei jedem einzelnen Kind individuelle Lernstandserhebungen durchführen, um zu gucken: Wie sieht es aus? Gibt es Lernlücken? – Das ist individuell sehr unterschiedlich bei den einzelnen Kindern, sodass verschiedene Förderpläne erarbeitet werden müssen.

Es ist uns in den Ferien gelungen, das Onlinesystem ILeA anzuschaffen, um es den Lehrkräften anbieten zu können. Es ist also ganz viel in den Ferien passiert; Elternbriefe haben wir auch herausgeschickt, all diese Dinge.

Zwei Wochen vor Ferienbeginn haben wir alle Eckpunkte, die wir zum 10. Juni herausgeschickt hatten, noch einmal detaillierter in den Handlungsrahmen für das Schuljahr 2020/21 gestellt. Wir haben uns auch mit den Themenfeldern der Bewertung auseinandergesetzt: Wie gehen wir im nächsten Jahr mit dem Thema Abitur um? – Denn die Schülerinnen und Schüler, die jetzt ins Abitur gehen, hatten wirklich weniger Unterricht, genauso im Bereich des MSA. Wir haben uns mit dem Thema Bewertungen auseinandergesetzt und hier einen Orientierungs- und Handlungsrahmen, auch für unsere Schulleiterinnen und Schulleiter, entwickelt.

Zum überarbeiteten Musterhygieneplan: Sie haben verfolgt, dass wir uns in der Kultusministerkonferenz eindeutig dafür entschieden haben: keinen Mund-Nasen-Schutz an der Schule. Durch den fachlichen Austausch im Rahmen der Teststrategie – dazu komme ich gleich noch – mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Medizinerinnen und Medizinern haben wir im Land Berlin entschieden, dass wir einen verbindlichen Mund-Nasen-Schutz in den Begegnungszonen möchten, aber nicht in den Klassenräumen und nicht auf dem Schulhof. Dieses ist auch in die Verordnung und in den aktualisierten Hygieneplan – das ist die dritte Fassung – eingeflossen. Wer so tut, als hätten wir vorher keinen Hygieneplan gehabt, der hat, glaube ich, die davor ignoriert. Es war wichtig, das aufzunehmen. Wir hatten auch Anpassungen hinsichtlich Theater und Musik, weil wir immer in engem Kontakt mit der Senatsverwaltung für Kultur und Europa sind. Das passen wir an deren Vorgaben und die entsprechenden Vereinbarungen an. – Das zum Musterhygieneplan.

Vielleicht haben Sie es in den Ferien verfolgt, dass sich vier Bundesländer an unsere Regelungen zum Mund-Nasen-Schutz angeschlossen haben. Es gibt aber auch Länder, die gar keinen Mund-Nasen-Schutz haben. In Nordrhein-Westfalen, wo es ein gestiegenes Infektionsgeschehen gibt, hat meine FDP-Kollegin entschieden, in den ersten zwei oder drei Wochen einen Mund-Nasen-Schutz auch in den Klassen tragen zu lassen. Sie bekommt da ziemlichen Gegenwind. Es ist, glaube ich, egal, was man entscheidet, es gibt immer die eine und die andere Seite und eine lebhaftige Debatte. Das ist klar, weil uns dieses ganze Thema Coronapandemie verunsichert hat. Wir sind immer noch an der einen oder anderen Stelle verunsichert, deswegen auch die Debatten. Ich finde das absolut nachvollziehbar.

Im Zusammenhang mit der Teststrategie haben wir vier Bausteine auf den Weg gebracht. Auf der einen Seite steht die Studie, die im Schulbereich schon mit 24 Schulen gestartet ist, im Kitabereich geht es jetzt los – es wurde von der Ethikkommission der Charité genehmigt, dass auch dort die Studie stattfinden kann –, ein Screening hat stattgefunden, das, glaube ich, 600 Pädagoginnen und Pädagogen absolviert haben.

Mir und auch Frau Kalayci war es sehr wichtig, dass wir eine niederschwellige Testmöglichkeit haben, um nicht nur Pädagogen, sondern alle Menschen, die in der Schule oder Kita arbeiten, testen zu lassen – auch wenn sie keine Symptome, sondern einfach Angst haben, dass sie sich irgendwie angesteckt haben.

Der vierte Punkt, mit dem sich auch die Charité beschäftigt; das konnte man auch lesen: Wir bereiten uns auf den Herbst vor. Hier wird ein Verfahren zum Testen zu Hause erarbeitet, damit man, wenn ein Kind erkältet ist, zu Hause testen kann. Damit beschäftigt sich gerade die Charité, und das ist auch ein Thema bei uns in der AG Teststrategie. Davon kann ich dann berichten, wenn es konkreter wird.

Es existiert – das ist mir wichtig – eine Schulpflicht. Es ist selbstverständlich, dass Kinder, die eine Vorerkrankung haben, oder Lehrkräfte, die erkrankt sind, nicht in den Klassenunterricht gehen müssen. Das ist für mich ganz klarer Gesundheitsschutz. Das ist uns sehr wichtig. Das hatten wir schon bei den Teilschließungen, da gab es zu diesem Themenfeld auch Nachfragen.

Wir werden zwei Fachveranstaltungen mit Multiplikatoren zum Thema Corona und Herbst durchzuführen. Es ist uns wichtig, gut zu informieren, aber auch, dass wir nicht in Panik verfallen, sondern den Pädagoginnen und Pädagogen Handlungssicherheit mit auf den Weg geben: Wie ist das jetzt mit Corona? Was bedeutet dieses Virus? Wie geht man vor? Was sagen zum Beispiel die Kinderärzte, wenn jetzt die Grippewelle kommt? – Hinzu kommen noch verschiedene andere Dinge.

Wir befassen uns noch intensiver mit dem ganzen Thema Lüftung. Da haben wir im Musterhygieneplan klare Vorgaben entsprechend dem Hygieneplan der Kultusministerkonferenz formuliert. Darüber hinaus sind wir bei diesem Thema im Gespräch mit dem Wissenschaftler der TU. Da hat es eine erste Runde gegeben, da wird es auch eine zweite Runde geben. Wir sind hier weiterhin im Gespräch, weil wir das eine oder andere zum Beispiel in Bezug auf Klassen, in denen man im Winter nicht so gut lüften kann – da wird es die eine oder andere Klasse geben –, noch auf den Weg bringen müssen. Hier brauchen wir, gemeinsam mit den Bezirken, vor dem Herbst Antworten.

Wir werden getrennt – weil Kita und Schule verschiedene Bereiche sind – zwei Fachveranstaltungen durchführen, aber auch mit den Wissenschaftlern Videoclips erstellen, damit sich in den Kita-Teams die Leitung hinsetzen und diese Statements anschauen kann, um bei den Erzieherinnen und Erziehern wie bei den Pädagoginnen und Pädagogen eine Handlungssicherheit zu bekommen und vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle zu beruhigen.

Sie haben das Thema verfolgt – das war für uns wichtig, und das hatten wir auch hier im Ausschuss diskutiert: Jedes vierte Kind in Berlin lebt in Armut, und als wir in der Phase Lernen zu Hause waren, haben uns die einzelnen Schulen berichtet, dass einzelne Kinder abgehängt wurden. Deswegen haben wir die 9 500 Tablets besorgt, damit wir hier weiter voranschreiten,

und das Programm der Lernbrücken auf den Weg gebracht. Das wird auch weitergehen; im zweiten Nachtragshaushalt haben wir zusätzliche Gelder verhandelt.

Die Sommerschulen waren sehr erfolgreich, nicht nur, Herr Stettner, für sozialbenachteiligte Kinder offen, sondern auch für andere Kinder. Um die 10 000 Kinder und Jugendliche haben an den Sommerschulen teilgenommen. Wir werden diese im Herbst weiterführen. Uns geht es immer darum, Lernlücken zu minimieren und die Kinder zu fördern.

Zu den Prüfungen kann ich, wenn jemand Fragen hat, gerne etwas sagen. Den Plan B habe ich eben angerissen; er ist auch in diesen Handlungsempfehlungen wiederzufinden.

Jetzt komme ich zu den Einstellungen. Das interessiert Sie vielleicht, auch wenn das Thema im Moment ein bisschen untergeht. Es hat sich nichts verändert: In der Verwaltung ist es für uns das Schwerpunktthema schlechthin. Jedes Jahr wird gesagt: Jetzt haben wir den höchsten Stand der Lehrereinstellungen erreicht, aber den hatten wir dieses Jahr, in dem wir 2 500 unbefristete Stellen besetzen mussten. Vor dem Hintergrund, dass die Einstellungsgespräche nicht wie unter normalen Bedingungen stattfinden konnten, hat uns das vor wahnsinnigen Herausforderungen gestellt, bis dahin – was Ihnen bekannt ist –, dass wir die Verwaltung auf 20 Prozent heruntergefahren haben, viele im Homeoffice waren. Wir haben dann, was die Aktenbearbeitung angeht, in unserer Verwaltung umgeschichtet, sodass die Bewerbungen aus anderen Bereichen mitbearbeitet wurden. Es ist uns gelungen einzustellen. Uns fehlen 90 Kräfte, die wir definitiv finden müssen. Ich weiß nicht, wie der aktuelle Stand ist – es ist schon wieder anderthalb Wochen her –, 200 Kräfte waren noch im Verfahren, aber 90 fehlen uns definitiv; das ist analog zum letzten Jahr. Es ist nie ein Spaziergang, aber dieses Jahr war es erst recht kein Spaziergang. – Vielen Dank an die Personalräte, die wie in den letzten Jahren gut mitgezogen haben, sodass wir die Einstellungen durch die bezirklichen Personalräte bringen konnten! – Das ist jetzt eine Kurzzusammenfassung, was dieses Thema angeht.

Außerdem planen wir noch einen Verstärkungspool. Es ist so, dass wir unsere Vertretungsmittel zur Verfügung haben, also die 3 Prozent PKB-Mittel, wenn Lehrkräfte krank werden, Lehrkräfte fehlen, die wir auch zur Verfügung haben, wenn Lehrkräfte wegen Corona nicht in der Klasse arbeiten können. Wir wollen hier einen Verstärkungspool anlegen. Im Bewerbungsbereich haben wir noch einige Personen in Reserve, die sich beworben haben, von denen wir auch noch Leute rekrutieren können. – Das ist meine Information, aber wir würden dann auch noch einmal zusätzlich ausschreiben, weil wir ja nie aufhören einzustellen. Wir stellen die ganze Zeit Lehrkräfte ein.

Das ist eine aktuelle Information: Wir haben in drei Regionen eine Stichprobe in Bezug auf Lehrkräfte, die aufgrund einer Vorerkrankung dem Klassenverband nicht zur Verfügung stehen können, vorgenommen. Wir sind von 7 Prozent ausgegangen. Wir haben uns drei Regionen konkret angeschaut, und liegen da um die 4 Prozent. Das ist also bei Weitem nicht so viel wie ursprünglich angenommen; wir waren einmal von 15 Prozent ausgegangen. Klar, es sind immer noch Lehrkräfte, die fehlen, keine Frage, und das ist natürlich auch für die Schulen anstrengend, aber das zeigt, dass viele Lehrkräfte ihren Dienst angetreten haben. Wir müssen sehen – wir müssen natürlich auch noch die anderen Regionen abfragen, aber es hat uns natürlich sehr interessiert, wie sich das gestaltet.

Dann zu den Neuerungen: Im Qualitätsbereich machen wir einiges, jetzt die zweite Deutschstunde. Ich hatte im letzten Jahr ein Qualitätspaket auf den Weg gebracht. Letztes Schuljahr war eine Stunde mehr Deutsch in der ersten und zweiten Klasse, jetzt in der dritten und vierten Klasse. Das heißt natürlich auch, dass wir für die qualitativen Verbesserungen mehr Personal einstellen mussten.

Es sind jetzt ungefähr 700 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im System. Weil wir unsere Zielsetzung von mindestens einem Sozialarbeiter an jeder Schule haben, werden hier 300 zusätzliche Stellen bis zum Ende der Legislaturperiode, 2020/21 geschaffen. Wir wollen 300 zusätzliche Schulsozialarbeiter einstellen. Ein großer Schub ist jetzt eingestellt worden. Das Programm „proRespekt – gewaltfreie Schulen demokratisch gestalten“ wird auf zwei Bezirke ausgeweitet, wofür auch zusätzliche Schulsozialarbeiter zur Verfügung gestellt werden.

Wir machen mit unseren Verwaltungsleiterkräften weiter, um die Schulleitungen zu entlasten. Hier gibt es zusätzliche 109 Vollzeitstellen. Im Moment ist es so, dass 415 von 624 Schulen Verwaltungsleiter haben.

Wir machen weiter mit den IT-Kräften. Das ist sehr wichtig, um unsere Lehrkräfte zu entlasten. Diese sollen inhaltlich zum Thema Digitalisierung arbeiten, aber die ganze Wartung läuft über Technikkräfte. 140 Technikerinnen und Techniker, die von zwei IT-Firmen kommen, sind an unseren Schulen tätig.

Ich finde noch wichtig – weil das auch eine Debatte in diesem Ausschuss war –: Wie ist das, wenn die Sommerschulen laufen, funktioniert das dann mit der Sanierung? – Das kam auch aus dieser Runde. Und auch hier: Vielen herzlichen Dank an die Bezirke, mit denen wir im ständigen Austausch stehen und durch Schalten verbunden sind! Sie haben super organisiert, dass sich beide Elemente nicht in die Quere kommen, dass weiter saniert und gebaut werden kann.

Zu den MEBs: Es wurden wieder einige zum Sommer eröffnet. – Damit möchte ich auch schließen. Es ist einiges passiert.

Klar ist der Wunsch vorhanden, dass man in vielen Runden jede Woche miteinander diskutiert. Ich kann es absolut nachvollziehen, dass alle immer und überall mitreden möchten. Wir versuchen, so gut wie möglich – in unseren Runden, auch meine Abteilungsleiter – die Gremien zu informieren. Viele Einzelgespräche und der Austausch mit den Bezirken und der Wissenschaft finden statt. Das wird natürlich weiterlaufen.

Sie haben es mitbekommen, dass ich einen Hygienebeirat einberufen habe, der am Montag das erste Mal tagen wird und hochkarätig besetzt ist. Das sind die Leute, mit denen wir im Kontakt, im Austausch sind, oder die uns auch Sachen erarbeitet und zugearbeitet haben. Sie werden sich in dem Coronafachbeirat wiederfinden, sodass wir uns bei den nächsten Schritten beraten lassen können. Ich freue mich schon auf den Termin am Montag. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Danke schön für den ausführlichen Bericht! – Nach dem Bericht kommen wir jetzt zu den Anhörungen und fangen mit Herrn Erdmann an. – Bitte schön, Herr Erdmann! Ich bitte Sie um Ihre Ausführungen – wenn möglich, fünf Minuten.

Tom Erdmann (Vorsitzender des Landesverbands Berlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – GEW Berlin –): Ich gebe mir Mühe.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke schön!

Tom Erdmann (GEW Berlin): Schönen guten Tag auch von mir! Wir als GEW vertreten die 60 000 Beschäftigten in der Berliner Bildung. Das ist mehr als die Hälfte aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Berlin, um die Größenordnung zu verstehen. Als dieser ganze Coronawahnsinn so Mitte März losging, haben wir der Bildungsverwaltung – und auch Ihnen, Frau Scheeres – die Unterstützung zugesichert. Damit verbunden war auch, dass wir, zumindest auf der Ebene der Personalräte, frühzeitig über Maßnahmen informiert wurden. Das lief auch anfangs recht gut. Dabei war klar, dass wir auch mit sehr kurzen Beteiligungsfristen einverstanden waren. Bei Maßnahmen ist nach dem Personalvertretungsgesetz normalerweise eine zweiwöchige Frist vorgesehen. Wir haben auch Fristen von 24 Stunden akzeptiert; alles andere wäre von unserer Seite verantwortungslos gewesen, wenn wir jede einzelne Maßnahme zwei Wochen lang hinausgezögert hätten.

Wir und die Beschäftigtenvertretungen sehen ganz klar, vor welchen Herausforderungen wir überall stehen. Der Spagat zwischen größtmöglichem Gesundheitsschutz auf der einen und dem Recht auf Bildung auf der anderen Seite ist praktisch unmöglich zu schaffen. Die Schulschließungen sind für Lehrkräfte, für Schülerinnen und Schüler, für Eltern, für die Familien die größte Herausforderung seit Jahrzehnten.

Die Bedeutung von Schule zeigt sich dann am stärksten, wenn sie nicht mehr da ist. Zum einen ist sie für den sozialen Zusammenhalt und für Stabilität zuständig. Für manche Schülerinnen und Schüler ist es wichtig, wenn die Lehrerin am Telefon fragt: Wie geht es dir? – Denn dann ist die Lehrerin die einzige erwachsene Person, die den Schüler mal nicht anschreit. Zum anderen ist die Schule auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig. Wer kleine Kinder zu Hause betreuen muss, der oder die kann nicht arbeiten. In den meisten Fällen sind es die Mütter, die die Kinder zu Hause betreut haben. Drittens ist die Schule auch für die Entkoppelung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft wichtig. Uns berichten Kolleginnen und Kollegen, dass sie Schülerinnen und Schüler haben, die sie in der Coronazeit überhaupt nicht erreicht haben, und diese Schülerinnen und Schüler haben in diese Wochen überhaupt nichts gelernt.

Unsere Lehrkräfte haben in den letzten Monaten deutlich mehr für die Digitalisierung von Schule geleistet als alle Kommissionen, Beiräte und Arbeitskreise in den letzten Jahren. Dafür gilt meinen Kolleginnen und Kollegen größter Dank und Respekt.

Am 9. Juni hat der Senat die Rückkehr zur Schule im Regelbetrieb beschlossen. Verständlicherweise haben da viele Eltern aufgeatmet und das begrüßt. Wir haben von dieser Entscheidung aus der Presse erfahren. Wir verstehen nicht, warum Sie, Frau Scheeres, und Ihre Verwaltung, sich von der bis dahin guten Linie verabschiedet und die Beschäftigten hier außen vor gelassen haben. Natürlich haben die Infektionszahlen keine flächendeckenden, vollständigen Schulschließungen mehr rechtfertigen können, aber den Schulen die Einhaltung von Abstandsregeln, die Ausarbeitung von Hygienekonzepten zu überlassen, das ist verantwortungslos.

Wir suchen den Dialog mit der Bildungsverwaltung, rennen derzeit aber gegen verschlossene Türen. Wir haben vor den Ferien zu persönlichen Gesprächen aufgerufen und diesen Wunsch vergangene Woche erneuert. Weil aus der Bildungsverwaltung keine Reaktionen kamen, haben wir alle relevanten Akteurinnen und Akteure der Berliner Schule eingeladen und hätten uns auch über die Teilnahme von Ihnen, Frau Scheeres, gefreut.

Heute früh trafen wir uns gemeinsam mit Schulleitungen aus fünf Schulformen, Eltern-, Schülervertretungen, Kolleginnen und Kollegen des Ganztags und Personalräten, um Vorschläge und Forderungen zu erarbeiten, hinter denen wir uns alle gemeinsam versammeln können. Wir alle, die da versammelt waren, denken Bildung weiter als nur den Fachunterricht von 8 Uhr bis 13 Uhr. Aus der Bildungsverwaltung kamen vergangene Woche viele Fachbriefe, wie der Fachunterricht aussehen soll. Da ist zum Beispiel auch zu lesen, dass sich Phasen des Präsenzunterrichts und des Lernens zu Hause abwechseln sollen, und in der Präsenzzeit soll das Zuhauselernen vorbereitet werden. Das ist richtig so. Das gelingt aber nur, wenn allen Beteiligten auch klar ist, dass dafür manche fachlichen Inhalte hinten herunterfallen müssen. Es braucht also eine kritische Überprüfung der fachlichen Inhalte zugunsten des Lernen-Lernens. Man kann nicht vier Stunden in der Woche Mathematik lernen, und dann soll der Mathematiklehrer oder die -lehrerin noch nebenbei das Lernen zu Hause vorbereiten. Das wird nicht funktionieren.

Wenn wir über Digitalisierung, Online-Lernen und Lernplattformen sprechen, dann braucht es dafür klare Regelungen. Die Bildungsverwaltung ist großartig darin, Siegel und Preise an Schulen zu vergeben, die das digitale Lernen fördern. Dahinter sind hoch engagierte Lehrkräfte, die das realisiert haben. Zum vollständigen Bild gehört aber auch, dass das alles im rechtsfreien Raum passiert. Alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben eine dienstliche E-Mailadresse – außer das Schulpersonal. Nahezu alle Lehrkräfte nutzen für ihre Lernplattformen ihre privaten Computer. Das ist ein Zustand, den man in Krisenzeiten sicherlich akzeptieren und auch erwarten kann, aber wenn in den Fachbriefen steht, dass die Lehrkräfte nun auch noch für den Datenschutz verantwortlich sind, dann können wir unseren Kolleginnen und Kollegen nur davon abraten, künftig ihre privaten Computer zu benutzen. Wir brauchen klare Regelungen für alle Schulen. Hier muss die Bildungsverwaltung endlich eine Dienstvereinbarung auf den Weg bringen.

Unter den Beteiligten heute früh war auch Konsens, dass wir so viel Präsenzzeit wie möglich in den Schulen brauchen, um den sozialen Halt zu sichern. Abwesenheitslernen funktioniert auf Dauer nicht. Wir erhalten viele Rückmeldungen, dass das Lernen in kleineren Gruppen besser funktioniert und die Hygieneregeln besser einzuhalten sind. Wir hatten heute früh auch eine Leiterin einer großen Grundschule zu Gast, die meinte, dass sich umgerechnet bei ihr 25 Kinder ein Waschbecken teilen müssen. Das reicht vorne und hinten nicht, um sich in den Pausen, nach dem Toilettengang und vor dem Mittagessen die Hände zu waschen. Klar ist auch, dass es für kleinere Gruppen mehr Personal braucht, das es so nicht gibt. Das sehen wir auch. Frau Scheeres hat über die Einstellungszahlen berichtet, da sind ganz viele Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger dabei.

Wir schlagen daher vor, dass – zumindest für die Coronazeit – auch Nichtpädagoginnen und -pädagogen für die Betreuung und Begleitung von Lerngruppen eingestellt werden. Wenn

wir mehr Personal haben, können wir auch andere Räume nutzen. Wir können in Bibliotheken, in Museen, in Parks gehen, auch um die Lerngruppen möglichst klein zu halten.

Da ich gerade vom Mittagessen gesprochen habe: Schule und Bildung sind nicht nur Unterricht. Alle unsere Grundschulen sind Ganztagschulen. Wie das Lernen in der ergänzenden Förderung und Betreuung – für die Älteren unter uns: früher hieß das „Hort“ – funktionieren soll, dazu gibt es kaum Regelungen. Unsere Erzieherinnen und Erzieher tragen, wenn es weniger Unterricht gibt, die Hauptlast. Gestern berichtete mir eine Kollegin, dass sie am Dienstag alleine für 45 Kinder im Ganztag zuständig war. Das ist ein Zahlenverhältnis, das eigentlich verantwortungslos ist. Die Kollegin hätte sicherlich eine Überlastungsanzeige schreiben müssen, sie war sich aber ihrer Verantwortung, auch für die Familien, bewusst.

Uns war heute früh auch klar: Ohne mehr Geld sind all unsere Forderungen und Vorschläge nicht umzusetzen. Der Senat hat für die Coronasoforthilfen einen großen Nachtragshaushalt beschlossen und 5 Milliarden Euro Soforthilfe für notleidende Selbstständige eingestellt. Wenn wir überschlagen, was die Maßnahmen, die wir gefordert haben, kosten sollen, dann sind wir sicherlich bei einer Größenordnung von 1 Milliarde Euro, die wir für Soforthilfeprogramme, für mehr Personal, digitale Infrastruktur und mehr Hygiene brauchen. In dieser Größenordnung bewegen sich sicherlich viele unserer Forderungen. Es muss auch klar sein, dass das Recht auf Bildung einen höheren Stellenwert als das Recht auf einen Kino- oder einen Kneipenbesuch haben muss. Wir brauchen einen Konsens, wie viel Bildung sein soll und wie wichtig uns Bildung ist.

Wir haben heute früh auch verabredet, dass wir uns in dieser Runde in zwei Wochen, am 27. August um 8 Uhr, noch einmal treffen. Wir würden uns freuen, Frau Scheeres, wenn wir Sie dazu begrüßen können. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke schön, Herr Erdmann! – Wir machen weiter mit Herrn Kötterheinrich-Wedekind. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Tilmann Kötterheinrich-Wedekind (Schulleiter des Ernst-Abbe-Gymnasiums; Mitglied im Vorstand des Interessenverbands Berliner Schulleitungen e. V. – IBS –): Danke schön! – Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche zu Ihnen als Schulleiter eines Gymnasiums in herausfordernder Lage in Neukölln, aber auch als Mitglied des Interessenverbandes Berliner Schulleitungen, der schulartenübergreifend alle Schulformen in Berlin vertritt.

Mein Kollege, Herr Erdmann, hat schon angedeutet, dass sich die Schule zurzeit in einem starken Spannungsfeld zwischen Gesundheitsschutz und Pandemiebekämpfung auf der einen und dem Recht von Kindern und Jugendlichen auf Bildung auf der anderen Seite befindet. Diese Diskussion wird uns während der ganzen Coronazeit beschäftigen. Für Eltern, für Schülerinnen und Schüler und vor allem für die Lehrkräfte, speziell auch aus der Perspektive von Berlin-Neukölln, sind die Schulschließungen eine herausfordernde Zeit. Gerade in Neukölln herrscht ganz große Unsicherheit darüber, dass sich Bildungsungleichheiten und soziale Benachteiligungen durch die Schulschließungen noch verschärft haben. Trotzdem: Schulen sind vor allen Dingen Lernräume, nicht nur Räume in dem klassischen Raumsinn, sondern auch zeitliche Räume, um Kinder zu betreuen.

Wir haben es in Neukölln als eine sehr positive Maßnahme empfunden, dass relativ schnell die digitalen Endgeräte zur Verfügung standen, um eine der Distanzen zu überwinden. Die Endgeräte waren insofern für uns praktisch und wichtig gewesen, als sie erstens sehr schnell kamen, zweitens flexibel einsetzbar waren – sie verfügen zum großen Teil über WLAN –, und wir konnten schnell Umverteilungen vornehmen, wenn wir andere soziale Prioritäten in unserer Schule hatten. Das war eine zentrale Maßnahme, die in Neukölln an sehr vielen Schulen gut funktioniert hat.

Zweiter Teil: Ausgleich von fehlenden Schulzeiten, Sommerschule. Da hing es sicherlich davon ab, wie Schulen schon mit ihren entsprechenden Trägern dieses Verfahren vorbereitet hatten. Es ist so, dass sehr häufig die den Schulen lange als Partnerinnen und Partner zur Verfügung stehenden Träger dann speziell in diese Sommerschulen eingebunden wurden. Die Möglichkeit, dieses individuell vor Ort zu regeln, fanden wir hervorragend. Wir als Ernst-Abbe-Gymnasium haben mit unserem Träger „Wortlaut“ bereits in etlichen Projekten zusammengearbeitet, zum Beispiel in Fragen der erweiterten Bibliothek oder der Nachmittagsbetreuungen.

Deswegen war es klar, dass die Brücke zu den Lehrkräften relativ schnell und gut zu überwinden war. Die Menschen konnten sich miteinander austauschen. Trotz der wirklich herausfordernden Zeiten ist dort ein Austausch über die besondere Lage der jeweiligen Schülerinnen und Schüler entstanden. Die Sommerschule hatte von meinem Gymnasium aus 80 bis 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor Ort. Die Rückkopplung hat auch schon stattgefunden. Wir – speziell als Ernst-Abbe-Gymnasium, aber auch nach Rückfrage vieler Gymnasien in Neukölln – werten die Sommerschule als sehr gute Möglichkeit, Anschluss zu gewinnen.

Wir als IBS sind, so wie viele, davon überzeugt, dass der Präsenzbetrieb in Berliner Schulen zentral und wichtig war. In diesem Zusammenhang stand auch die Maskenpflicht im Schulgebäude, aber nicht in den Klassenräumen. Wir finden die Entscheidung wichtig und gut, und zwar aus einem Grunde: Schulgebäude sind in Berlin sehr unterschiedlich: unterschiedliche Belüftungsformen, unterschiedliche Bestuhlungsformen, bauliche Voraussetzungen. Es ist rein aus baulicher Struktur nicht realisierungsfähig gewesen, dort Abstände einzuhalten. An dieser Stelle ist es auch für Kinder ein großes Problem psychologischer Natur, Masken im Unterricht aufzusetzen. Wir finden es auch richtig – das ist die Rückkopplung aus dem Grundschulbereich –, dass auf den Schulhöfen die Maske nicht kontrolliert werden kann. Kinder wollen in dieser Situation spielen, frei sein, und so wäre das auch für uns als Neuköllner Gymnasium mit einem sehr engen Schulhof kaum möglich, ein solches Ziel, wenn es denn so gewünscht worden wäre – das wurde es in Berlin ja nicht – durchzusetzen.

Die Schule hat trotzdem, darauf hat die Senatsverwaltung auch hingewiesen, Ergänzungsmöglichkeiten. Wir können eine Maskenempfehlung aussprechen, zum Beispiel in besonderen Unterrichtsformen oder in besonderen Gruppenarbeitssituationen, wenn sie denn zum Teil noch zu realisieren sind. Wir sprechen das als Empfehlung vor Ort individuell aus. Wir wissen, dass wir da keine rechtliche Handhabe besitzen, aber ich glaube sowieso, dass es wichtig ist, den Kindern gegenüber als Vorbild zu fungieren. Insofern empfehlen wir unseren Kindern in mehr Bereichen, als es der Hygieneplan vorsieht, die Maske zu tragen.

Die Reiserückkehrer waren für unsere Schule, speziell in meinem Bildungsbereich, ein größeres Problem, da die Verpflichtung zur Testung relativ spät kam. Wir hatten das Problem, dass Lehrkräfte, die Schulleitung, Erzieherinnen und Erzieher große Sorge davor hatten, was passiert, wenn Eltern ihre Kinder direkt in die Schule schicken, vielleicht auch besonders stark dadurch motiviert, dass in dem Zusammenhang mit unentschuldigtem Fehlzeiten gedroht wurde. Wir haben versucht, das aufzufangen. Wir haben versucht, sehr viele Familien vorher per E-Mail zu erreichen. Lehrerinnen und Lehrer haben vor Ort angerufen und gleich gesagt: Bleiben Sie bitte, wenn Risiken in den Familien bestehen, erst einmal zu Hause! – Sie haben die Situation erklärt, gesagt, dass wir eine Beschulung organisieren; sie haben diesen Punkt aufgefangen. Zudem war es so, dass man, wenn man direkt aus dem Risikogebiet kam, nicht unbedingt sofort am Flughafen die Testung vornehmen musste, sondern womöglich bis zu 14 Tage Zeit hatte. Das war ein Problem, das aber nichts mit der Senatsverwaltung in dieser Situation zu tun hatte, es ist einfach die fehlende Testverpflichtung in der letzten Zeit gewesen. Insofern ist das durch Eigenverantwortung und Flexibilität von Schulen, natürlich auch, wenn man Bezüge zu seinen Eltern hat, relativ schnell zu klären. Trotzdem bleibt die Sorge, dass Familien ihre Kinder, auch aufgrund des Drucks, in die Schule geschickt haben, und es dort womöglich zu Ansteckungen kommt.

Ich finde es sehr vernünftig – es wurde schon von Flexibilität gesprochen –, dass Schulen in einem gewissen Rahmen sehr praxisnahe Entscheidungen treffen können. Ich möchte Ihnen das kurz an drei Beispielen meiner Schule klarmachen. Das eine hatte ich schon erwähnt, das sind ergänzende Regelungen zur Mund-Nasen-Schutz-Verpflichtung, die man an bestimmten Eingängen, Orten, Türen, in bestimmten Unterrichtsvoraussetzungen selbstständig mit Erklären und Kommunikation vornehmen kann.

Dann ist es so, dass wir – das muss ich einfach sagen, da habe ich wahrscheinlich Glück gehabt – eine Ausstattung mit Lehrkräften von 100 Prozent haben. Ich habe auch Kolleginnen und Kollegen, die über den arbeitsmedizinischen Dienst Auflagen bekommen haben, aber da sind die Schulen frei, wenn sie Räume zur Verfügung haben, in größeren Räumen zu unterrichten oder einen Wechsel aus digitalem Lernen – vor Ort oder zu Hause – und Präsenzunterricht zu organisieren. Wenn das eine geringe Zahl von Lehrkräften betrifft, kann man das auch über veränderte Unterrichtsformen, Teilungsunterricht oder Umplanung machen. Ich glaube, dass an dieser Stelle meine Schule einfach Glück gehabt hat.

Wir finden es sehr gut, dass der Lernraum Berlin zur Verfügung steht, aber, wenn es dort digitale Schwierigkeiten gibt, Schulen auch andere Möglichkeiten haben. Wir haben uns zum Beispiel für die HPI Schul-Cloud entschieden und vorher ein eigenständiges Aufgabensystem gebaut. Es zeigt sich, dass Schulen, die dieses Thema vorher angegangen sind, die bereits im Gespräch waren, auch in vorigen Situationen gute Lösungen zu finden, da insgesamt besser aufgestellt waren. Wir finden es richtig und gut, dass es dort keine einheitlichen Regelungen gibt, sondern wir flexibel, passgenau Angebote für unsere Schule aussuchen können.

Mir ist es ganz wichtig, in der Debatte grundsätzlich zu sagen, dass vor allen Dingen große Potenziale in den Lehrkräften und in der Zusammenarbeit liegen. Viele Lehrkräfte haben über das Maß hinaus gearbeitet, sich engagiert, und es widerspricht ein bisschen der teilweise schlechten Stimmung hier in dem Land. Es sind viele Sachen und Innovationen angeschoben worden. Gucken wir doch einmal nicht nur auf Defizite, sondern schauen wir auf die Veränderungen, auch auf die kleinen Innovationen vor Ort! Die Lösungen vor Ort bringen Schubkraft für einzelne Schulen, zahllose Projekte ganz kleiner Art – Dichten nach Corona, kleine Videoclips erstellen, was auch immer – sind vorangetrieben worden. Ich finde, es ist – das soll sich nicht zynisch anhören – ein Erfolg, dass Schulen quasi einen Ausprobierraum haben, dafür sind wir dankbar gewesen.

Wir fühlen uns in Zukunft gestärkt, wenn wir in der einen oder anderen Frage nach kompetenter Diskussion oder auch mithilfe von Beiräten noch mehr Entscheidungssicherheit vor Ort bekommen. Es ist uns aber wichtig – das habe ich betont –, dass unsere Spielregeln und Spielräume für uns offenbleiben, dass die individuellen Probleme und die individuelle Kommunikation berücksichtigt werden. Das ist zurzeit gegeben, vielleicht noch ein Stück durch eine noch etwas schnellere Kommunikation mit den Schulen begleitet. Ansonsten: Beratung, Klarheit, Verbindlichkeit der Kommunikation sind wesentlich. In meinen Augen kommen viele der formulierten Unsicherheiten bei Lehrkräften und Schulleitungen aus einer vielleicht noch nicht so guten Informiertheit heraus. Ich glaube, da müssen wir alle miteinander unsere Erfahrungen bündeln und weiter miteinander sprechen.

Ich kann nur sagen, bezogen auf die Ausstattung und auch auf den Hygieneplan kommt meine Schule unter den Voraussetzungen der Pandemie klar. Ich bin darüber erstaunt gewesen, welche Spielräume wir zusätzlich gewonnen haben. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Richtig aufgehört! Ich hätte beinahe gesagt, das sind 100 Prozent mehr Redezeit als vorgesehen. Danke schön! – Aufgrund der Thematik gucken wir heute nicht so streng auf die Uhr, aber wenn wir bei 10 Minuten anlangen, dann muss irgendwie der Punkt erreicht sein. Ich bitte jetzt den zugeschalteten Herrn Giese um seinen Wortbeitrag. – Sie haben das Wort, bitte schön!

Robert Giese (Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule; Landesvorsitzender des GGG-Verbandes für Schulen des gemeinsamen Lernens e. V. – GGG –) [zugeschaltet]: Danke schön! – Als Allererstes möchte ich als Vertreter der GGG und damit der Gemeinschaftsschulen deutlich machen, dass wir uns beim Bildungsausschuss sehr dafür bedanken, dass wir erstmals während der Coronapandemie in Beratungen einbezogen wurden. – Das finde ich insofern schade, als dass die Gemeinschaftsschulen mehr als alle anderen Schulen Erfahrungen in Fragen der Inklusion gesammelt haben; heterogener als Gemeinschaftsschulen sind andere Schulen kaum. Es gibt einige ISS, die da heranreichen, aber es sind wenige. Noch einmal herzlichen Dank an den Ausschuss!

Ich möchte zu sechs Punkten sprechen, vor allen Dingen zu den kritischen Punkten. Ich möchte durchaus den Finger in die Wunde legen, ohne zu vernachlässigen, dass einige Dinge sehr gut gelaufen sind, dazu sage ich noch etwas.

Der erste Punkt ist die Art und Weise der Information – Tilmann, du hast gerade schon etwas dazu gesagt –, der zweite ist die Frage der Sommerschule, der dritte zum Lernraum – das ist in der Tagesordnung enthalten, deswegen möchte ich dazu auch kurz etwas sagen –, dann zur Beschulungssituation, Personalsituation und schließlich zu Baumaßnahmen. Ich versuche mich kurzzufassen.

Zunächst zur Frage der Information. Ich bin mittlerweile über die Art und Weise, wie Informationen aus der Senatsverwaltung verbreitet werden, ziemlich entsetzt. Schulleitungen erfahren ganz häufig aus der Presse von Entscheidungen, was dazu führt, dass wir von Eltern gefragt werden, also Schulleitungen werden angerufen: Wie wollen Sie denn damit umgehen? – Der Schulleiter sagt: Tut mir leid, das weiß ich noch gar nicht. – Was, das wissen Sie nicht? – Im Grunde genommen wird über diese Art und Weise, dass erst die Presse und dann die Schule oder die Schulleitungen informiert werden, eine Grundlage für keine gute Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulen gelegt.

Das Zweite möchte ich auch an Beispielen deutlich machen. – Tilmann, du hast gerade gesagt, dass das Schreiben mit der Entscheidung, dass Kinder 14 Tage vorher wieder nach Hause kommen sollen und ansonsten einen unentschuldigsten Fehltag erhalten, am 24. Juni kam, als viele Familien schon auf dem Weg in den Urlaub waren. Und ich möchte die ukrainische oder die türkische Familie sehen, die dann im Urlaubsgebiet deutsche Presse liest, um Senatsmitteilungen wahrzunehmen. Das Ergebnis davon ist, dass ich am Anfang des Schuljahrs ganz viele Gespräche mit Eltern hatte, denen ich erst einmal klarmachen musste: Nehmen Sie Ihr Kind wieder mit nach Hause! Es kann jetzt noch nicht hier unterrichtet werden. Sie müssen erst einmal die 14 Tage einhalten oder einen negativen Test vorweisen. – Hinzu kam, dass

die Berliner Flughäfen, also die Testzentren dort, sich geweigert haben, unter Achtzehnjährige zu testen. Die Eltern haben ihre Tests gezeigt, die Schüler nicht. Da ist also offensichtlich durchaus eine Differenz zwischen der Landes- der Bundespolitik.

Die zweite Sache, wie Informationen weitergegeben werden, bei der es wirklich Schwierigkeiten gab: Der Musterhygieneplan kam in der aktuellen Fassung am 4. August. Ich verstehe nicht, warum nach vier Wochen ohne Schule so eine Information so knapp vor Schulbeginn kam.

Ein weiteres Beispiel ist die Dienstanweisung zum Umgang mit Kollegen, die aufgrund von Covid-19-Erkrankungen [sic!] zu Hause bleiben müssen und nicht in der Schule arbeiten können. Das kam am Donnerstag; da waren die Kollegen alle schon in der Präsenz und eigentlich wieder da – da kommt eine zwölfseitige Dienstanweisung. Das heißt letztendlich: Wir werden ungefähr im Oktober so weit sein, wirklich mit allen so eine Vereinbarung getroffen zu haben; anders ist es gar nicht machbar.

Dazu will ich auch noch etwas sagen, weil das gerade eine Rolle gespielt hat: Bei uns in der Schule sind von den 180 Kollegen ungefähr 25 bis 30 Risikopatienten; per Attest abgemeldet haben sich tatsächlich nur 6. Das ist ein Zeichen dafür, mit welcher hoher Motivation die Kollegen im Interesse der Schule arbeiten. Nichtsdestotrotz ist die Art und Weise, wie hier mit den Kollegen umgegangen werden soll – die sollen ja 40 Stunden in der Woche arbeiten oder 39 bzw. 42 Stunden, je nachdem, ob sie in der Grund- oder in der Sekundarstufe sind –, noch nicht geklärt, das Problem ungelöst. Wir durften lange Zeit nicht über PKB einstellen. Mittlerweile gibt es die mündliche Zusage: Wir dürfen es. – Schriftlich habe ich das, glaube ich, noch nicht gesehen.

Zur Sommerschule: Ich kann nur sagen, an der Fritz-Karsen-Schule ist die Sommerschule sehr gut gelaufen; unsere Zahlen sind ähnlich wie beim Ernst-Abbe-Gymnasium. Die Erfahrung, die ich aber gemacht habe: Es sollte auch die Sommerschule einer anderen Schule bei uns stattfinden, die aber nicht stattgefunden hat. Und ich kenne weitere Beispiele, wo Kinder angemeldet waren, die Sommerschule aber nicht stattgefunden hat. Es ist also keine reine Erfolgsgeschichte. Es gab ja auch diese Mail von den Trägern, die geschrieben haben: Die Finanzierung ist nicht klar, wir können das nicht machen. – Das war ganz kurz, bevor es losging. Das wurde dann irgendwie wieder korrigiert, aber solche Sachen zeugen nicht von einem guten Verwaltungshandeln.

Letztendlich ist die Sommerschule eine sehr gute Sache. Alle Schüler, die teilgenommen haben, haben sehr positive Rückmeldungen gegeben. Wir überlegen als Schule, ob wir am Beginn des nächsten Schuljahrs anfangen, so ein Sommercamp zu organisieren, einschließlich Unterricht und Freizeit, Sport usw. Die Bedingungen an unserer Schule geben das her; wir sind da in der Planung.

Zum Lernraum: Der Lernraum Berlin war als eine Möglichkeit, digital mit Schülern zu Hause zu arbeiten und diese Möglichkeiten zu nutzen, angepriesen worden. Er war die ersten drei Wochen nicht nutzbar. Er ist zusammengebrochen, war völlig überfordert. Wir haben daraufhin als Schule andere Konzepte entwickelt und mit anderen Methoden gearbeitet, sodass kein Schüler von uns nicht erfasst wurde. Wir haben jeden Schüler wenigstens telefonisch erreicht oder über einen Messenger von WebUntis oder wie auch immer. Da waren wir recht erfolg-

reich. Allerdings ist die Frage, wie eine Videokonferenz durchgeführt werden soll, über welches Format, nach wie vor ein Problem. Ganz viele Sachen haben über Zoom stattgefunden; das war sicherlich der Zeit geschuldet. Mir stellen sich schon die Haare auf, wenn ich lese: Der Server steht in der USA. – Damit habe ich ein Problem. Insofern sind wir auf dem Weg, eine andere Möglichkeit zu finden. Es sind mindestens fünf verschiedene Plattformen genutzt worden. Da hätte ich mir vonseiten des Senats noch ein bisschen mehr Unterstützung gewünscht.

Zur Beschulungssituation: Wie ist die Situation, der Umgang mit Hygiene, und welche Möglichkeiten gibt es? – Es gibt Schulen, die aufgrund zugeschraubter Fenster – das ist ein Ergebnis der Sparmaßnahmen der letzten Jahre – nicht ausreichend lüften können. – Zur Frage des einen Waschbeckens für 25 Kinder: Das hatte ich auch auf der Liste. Dazu will ich jetzt nicht noch etwas sagen; das ist tatsächlich Realität an etlichen Schulen, übrigens auch bei uns. Obwohl die Hygienesituation gar nicht schlecht ist, ist es schwierig, von jedem Kind zu verlangen, vor dem Essen sich die Hände zu waschen. Bei einer Dauer von 30 Sekunden kann man einmal ausrechnen, wie lange das ist. Das funktioniert einfach nicht mit der Anzahl der vorhandenen Toiletten.

Dann haben wir auch Situationen, wo von den Bezirksämtern verweigert wird, Schutzmaßnahmen umzusetzen, obwohl es aus schulischen Geldern passieren soll. Beispielsweise wird der Schule verweigert, diese Spuckscheiben aus Plexiglas aus schulischen Mitteln zu kaufen. Das sind Sachen, für die wir wenig Verständnis haben.

Ich muss noch etwas zum Hygieneplan sagen: Grundsätzlich stimme ich Tilmann Kötterheinrich-Wedekind zu. Wir halten die Dinge, die da stehen, für absolut zielführend und wichtig, um Präsenzunterricht durchzuführen. Wir haben bei uns in der Schulkonferenz beschlossen, dass jeder Lehrer in seinem Unterricht – natürlich nach Diskussionen mit Eltern und Schülern; das haben wir vor den Ferien beschlossen –, dass jede Erzieherin, jeder pädagogische Mitarbeiter von seinen Schüler verlangen darf, im Unterricht die Maske zu tragen. Bisher gab es auch keinerlei Widerspruch. Ich weiß, die rechtliche Situation ist ein bisschen schwierig, aber es ist ein Schulkonferenzbeschluss, eine Ergänzung der Hausordnung und demzufolge eine ganz gute Variante, jedenfalls ist das für uns so eine Entscheidung.

Dann möchte ich ganz kurz etwas zur Personalsituation sagen: Grundsätzlich habe ich immer ein bisschen Schwierigkeiten damit, wenn die Senatsverwaltung sagt: Wir haben 100 Prozent und 100 Prozent Ausstattung, wir sind ganz toll! – Diese 100 Prozent sind einfach zu wenig. Die seit Langem erhobene Forderung nach 10 Prozent Vertretungsmittel ist nach wie vor nicht vom Tisch – die brauchen wir, ansonsten haben wir viel Unterrichtsausfall. Jetzt kleine Gruppen bilden, kann ich gar nicht, weil ich nicht genug Personal habe. Das bleibt eine Forderung, und daraus ergibt sich wahrscheinlich auch das, was Tom Erdmann gesagt hat, dass, wenn man die Summe von allen Maßnahmen, die wir brauchen, nimmt, man wahrscheinlich auf einen Betrag von 1 Milliarde Euro kommt, weil zum Beispiel in der Personalsituation in den Bezirken nicht vorgesehen ist, Sekretärinnen und Sekretäre, die krank sind, zu ersetzen. Ich habe im Moment die Situation, dass ich weder eine Verwaltungsleitung noch ein ausgestattetes Sekretariat habe. Ich habe eine Kollegin, die als Teilzeitkraft arbeitet. Das ist einfach nicht machbar. Das ist so viel Arbeit, dass wir das kaum bewältigen können. Das heißt, wir werden mit Statistiken, mit allem, was so verlangt ist, ziemlich hinterherhinken. Da muss es eine Reserve für die Bezirke geben, dass, wenn eine Sekretärin krank ist, eine andere da ist,

die dann als Vertretung kommt. Im Moment sind davon in Neukölln ungefähr 15 Schulen betroffen.

Als Letztes zu den Baumaßnahmen: Aufgrund von Einsparungen – das ist jedenfalls die Information, die ich aus dem Bezirksamt habe – ist es so, dass sich Baumaßnahmen verzögern. Seit drei Jahren warten wir auf die Sanierung unserer Werkstätten, ganz wichtig für WAT, gerade für Schüler, die auf das sehr praktische Arbeiten angewiesen sind. Diese Baumaßnahmen verzögern sich von Halbjahr zu Halbjahr, wir sind jetzt bei über drei Jahren, die wir warten. Jetzt wurde mir vom Bezirksamt mitgeteilt, dass sich das noch einmal verschiebt, weil vom Senat ein Topf zur Nachfinanzierung gestrichen wurde, sodass man jetzt verhandeln muss, wo man tatsächlich inhaltlich kürzen kann an so einer Baumaßnahme. Deswegen kann man noch nicht anfangen. – Ob das so stimmt, weiß ich nicht genau, aber das ist die Information, die uns gegeben wurde.

Generell, denke ich, haben wir einen guten Start an der Schule gehabt. Die Entscheidung, welche Maßnahmen jetzt wirklich gut und tragfähig sind – das wird sich in der Zukunft herausstellen. Es ist von Verschiedenen schon gesagt worden: Egal welche Entscheidungen man trifft, es ist im Prinzip wie so ein Großversuch. – Ich hoffe, wir kommen gut durch die Zeit und werden keine Coronafälle haben, oder wenn, dann nur vereinzelt. Wir haben Kohorten gebildet, sodass wir dann einzelne Gruppen von Schülern herausnehmen können, in die Quarantäne schicken; schwierig ist es allerdings mit den Lehrern. – Okay. Ich danke!

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Auch wir danken und machen weiter mit Frau Pech, die uns jetzt zugeschaltet ist. – Sie haben das Wort, bitte schön!

Miriam Pech (Schulleiterin der Heinz-Brandt-Schule Berlin; Vorsitzende der Vereinigung der Berliner ISS-Schulleiterinnen und -Schulleiter – BISSS –) [zugeschaltet]: Hallo! Ich wünsche auch allen einen schönen Nachmittag, und vielen Dank für die Einladung in den Bildungsausschuss! – Meine Vorredner haben es alle schon sehr ausführlich dargestellt, und ich kann mich da in weiten Teilen durchaus anschließen – angefangen von der Informationsstrategie der Senatsschulverwaltung, die ich manchmal auch ein bisschen schwierig finde, wenn die Presse immer vor uns informiert ist oder auch diese neuen Informationen weitergibt, da wir ja, wie Frau Scheeres vorhin auch schon sagte, in den Schulleiterberufsverbänden regelmäßig zusammensitzen. Hier wäre ein ganz klarer Wunsch, dass die Informationen und Entscheidungen bitte zuerst an uns Schulen gehen und dann an die Presse. Ich weiß, das ist wahrscheinlich schwierig, aber das wäre unser großer Wunsch oder unsere Forderung.

Auch von dem Spannungsfeld wurde bereits gesprochen, in dem wir uns befinden, also zwischen dem Gesundheitsschutz und dem Einhalten des vollen Regelbetriebs mit dem Recht auf Bildung. Teilweise ist es ein Dilemma oder bringt es Schulen in ein Dilemma, wenn diese es aus baulichen Gegebenheiten einfach nicht einhalten können. Bei mir an der Schule zum Beispiel sind die Baumaßnahmen, die für den Sommer geplant waren, nicht abgeschlossen worden. Das heißt, meine Schule ist eingerüstet, die Fenster können nicht geöffnet werden und ich musste flexibel und kreativ für diese Woche Lernen am anderen Ort koordinieren und in die Wege leiten. Es ist uns gelungen, aber es stürzt Kolleginnen und Kollegen doch immer wieder in schwierige Situationen. Ich bitte auch immer im Hinterkopf zu behalten, dass es nicht an allen Standorten so einfach ist.

Deswegen hatten wir vom BISSS uns einen behutsameren Einstieg in dieses neue Schuljahr gewünscht, auch genau vor dem Hintergrund, dass wir tragfähige Konzepte erarbeiten müssen, die das digitale Lernen oder das schulisch angeleitete Lernen zu Hause, verschränkt mit dem Präsenzunterricht, dem da deutlich der Vorzug zu geben ist, regeln. Aber unter den beschriebenen Bedingungen ist es oftmals schlichtweg nicht möglich, die volle Klassenstärke in der Schule zu beschulen. Hier müssen Konzepte erarbeitet werden, die tragfähig und klug sind, die nicht nur den Fokus auf das formale Lernen und abfragbares Wissen richten, sondern durchaus auch die ganzen anderen Kompetenzen mit beinhalten: die kreativen Fächer, die musisch-ästhetischen Fächer, künstlerische Fächer, soziale, demokratische Kompetenzen usw. usf. – und das Ganze vor dem Hintergrund des gebundenen und rhythmisierten Ganztags und der Aufgaben, die die Inklusion mit sich bringt. Robert Giese hat es vorhin schon angedeutet: Wir sind äußerst heterogene Schulen mit ganz vielen verschiedenen Kindern, die alle auch ein Recht auf Bildung haben; aber dies alles unter einen Hut zu bringen, ist eine Herkulesaufgabe. Ich brauche das jetzt nicht mehr alles weiter auszuführen.

Die Sommerschule finde ich auch eine absolut sinnvolle und begrüßenswerte Maßnahme. Die Umsetzung allerdings hat uns Schulen manchmal an den Rand der Verzweiflung gebracht. In der Vorbereitung, in der Organisation, in der Durchführung wurden mir zum Teil chaotische Verhältnisse berichtet, auch aufgrund der Koordination durch den geschäftsführenden Träger tjfbg, der wahrscheinlich auch erst einmal mit der Unmittelbarkeit überfordert war. Hier würden wir uns wünschen, dass man uns Schulen und auch den Trägern der Nachhilfe mehr Vertrauen entgegenbringt. Wir hätten da gute eigene Konzepte gut selbst aus dem Boden stampfen können. Hier also mehr Eigenverantwortung in die Schulen, bitte!

Ich wünsche mir, dass das, was im Handlungsrahmen verankert ist – das hybride Lernen wird es dort jetzt genannt –, noch einmal zurück in die Konzepterarbeitung kommt. Da steht drin, dass die Schulen jetzt alle Schulversuche beantragen können. – Dann wünsche ich mir, dass auch alle Beteiligten darüber informiert sind. Jetzt will ich gerne beantragen, und ich weiß, dass es ganz viele Schulen gibt, die das auch tun wollen, davon weiß aber niemand was. Also die regionale Schulaufsicht wusste davon noch nicht, auch nicht wie es geht und wie das Verfahren ist. Hier bitte ich um schnellstmögliche Information und Kommunikation. – Vielen Dank von mir!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke schön, Frau Pech! – Jetzt machen wir weiter mit Frau Sandra Theede. – Sie sind uns zugeschaltet und haben das Wort. Bitte schön!

Sandra Theede (IHK Berlin) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich möchte die fünf Minuten nutzen, um Ihnen die Auswirkungen der Schulsituation in der Coronakrise auf die Berliner Wirtschaft zu skizzieren und die aus Sicht der IHK Berlin notwendigen Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation zu erläutern.

Schulschließungen betreffen die Wirtschaft in zweierlei Hinsicht, das muss man einmal deutlich sagen. Das ist zum einen ganz klar die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und zum anderen ist die Bildung natürlich der Schlüssel zur Fachkräftesicherung. Mit einem Schulabschluss muss die Ausbildungsreife, mit dem Abitur zudem die Studierfähigkeit sichergestellt sein. Aber mit dem Lockdown sind für viele Achtklässler beispielsweise weit mehr als 150 Unterrichtsstunden ausgefallen. Und wir fragen uns als Wirtschaft: Können diese Schüler in einem Jahr die Berufsbildungsreife erfolgreich schaffen oder in zwei Jahren den MSA?

Und ist die Sommerschule als gutes Konzept auch flächendeckend tragbar, um diesen Unterrichtsverlust quasi aufzuholen? – Das treibt uns wirklich um, denn schon heute ist die Situation so, dass ein Drittel der Ausbildungsbetriebe für die Azubis Nachhilfe gibt, damit sie dem theoretischen Unterricht in der Berufsschule überhaupt folgen können.

Die unmittelbaren Auswirkungen des Lockdowns, also der Schulschließungen, auf die Unternehmen wurden dadurch deutlich, dass Unternehmer, Geschäftsführende, Mitarbeiter auch Väter und Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern sind. Das führte zu der Situation, dass in einer IHK-Umfrage 90 Prozent der Unternehmen angaben, dass die fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeit ihr Unternehmen stark bis sehr stark beeinträchtigt hat. 90 Prozent, das ist natürlich gravierend. Neben der mangelnden Verlässlichkeit bei der Planung der Arbeitszeiten und der geringeren Arbeitsleistung, das muss man jetzt so sagen, sorgten sich die Unternehmen aber auch um die Gesundheit der Mitarbeiter. Wir haben auch direkt bei uns im Ehrenamt Unternehmerinnen gehabt, die gesagt haben: Es war ein wirkliches Problem. – Kollegen, die sich nie haben krankschreiben lassen, die immer leistungsfähig waren, kamen durch die Doppelbelastung aus Homeschooling und Kinderbetreuung sowie Arbeiten im Homeoffice, wo es möglich war, einfach an ihre Grenze. Wir haben auch selbst Unternehmen gehabt, die gesagt haben: Wir haben ganz kurzfristig für viele Mitarbeiter Homeoffice ermöglicht. – Diese Unternehmen haben kurzfristig ganz neue Arbeitszeitmodelle auf den Weg gebracht, um dieser Doppelbelastung entgegenzuwirken.

Ich möchte damit nicht deutlich machen, dass sich alle Schulen, alle Lehrer quasi nicht gemeldet haben – das trifft nicht zu, das wissen wir –, aber flächendeckend waren die informierten und handlungsfähigen Lehrkräfte und Schule auch nicht sichtbar. 65 Prozent der Betriebe bemängelten zum Beispiel den fehlenden Zugriff auf digitale Lernangebote der Berufsschulen, denn die gibt es ja auch. Wir wissen auch von unseren Ausbildungsbetrieben, dass an den Berufsschulen manchmal zwischen einzelnen Abteilungen und Lehrkräften eine sehr ausdifferenzierte Betreuungsqualität angeboten wurde, und das war auch bei den allgemeinbildenden Schulen teilweise so.

Corona hat aus unserer Sicht die Stolpersteine im Berliner Bildungssystem deutlich aufgezeigt: Das ist die mangelnde Digitalisierung der Berliner Schulen. Damit meinen wir zum einen die Technik vor Ort, aber auch den mangelnden Kenntnisstand aufseiten der Lehrerschaft. Umso wichtiger ist es aus Sicht der Berliner Wirtschaft, dass die Politik jetzt nicht nur die Rückkehr zur Normalität eingeleitet hat, sondern nun auch die Weichen gestellt werden, um für die künftigen Krisen besser gewappnet zu sein.

Unsere IHK-Ausschüsse haben im Schulterschluss mit dem Ehrenamt und dem Hauptamt dazu die Berliner Digitaloffensive erarbeitet und auch schon in der Bildungspolitik entsprechende Handlungsempfehlungen formuliert. Berlin benötigt eine Digitalstrategie. Es wurde für mich anhand der Diskussion im Ausschuss, die ich bisher verfolgt habe, ganz deutlich, dass es eine klare Strategie geben muss, die die Verantwortlichen für Führung, Steuerung und Abstimmung klar benennt.

Wie notwendig eine solche Strategie ist, zeigt auch die gestrige Nachricht in der Presse zur bisher nicht erfolgten Auftragsvergabe an das ITDZ für die Breitbandanbindung der Schulen. Wir würden vorschlagen, dass in der Bildungsverwaltung in Anlehnung an die Taskforce

„Schulbau“ auch ein solches Projekt für den Digitalpakt in Verbindung mit dem Breitbandausbau in die Wege geleitet wird, aufgesetzt wird.

Wenn Unternehmen neue digitale Soft- und Hardware in Verbindung mit Schulungen einführen, dann sind diese Schulungen für die Mitarbeiter kein Nice-to-have, sondern zwingend notwendig. Wenn digitale Lerntools erfolgreich sein sollen, müssen die Lehrkräfte zu einer Teilnahme an den sehr hochwertigen Seminaren, Webinaren, Online-Tutorials verpflichtet werden können. Diese Webinare, Seminare müssen dann aber auch in angemessener Qualität und Quantität zur Verfügung gestellt werden. Es hilft nicht weiter, wenn die Ansprüche der Lehrer gar nicht bedient werden können.

Zu unserem dritten Punkt möchte ich noch etwas sagen: Die datenschutzkonforme Verwendung der Lernplattform sollte sichergestellt werden; auch das war eine Diskussion, das ist für uns auch ganz wichtig ... – [Übertragung unterbrochen] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Haben wir ein digitales Problem?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Bekommen wir das noch hin? – [unverständlich]
– Wir hören Ihre Sätze nicht in Gänze.

Sandra Theede (IHK Berlin) [zugeschaltet]: Können Sie mich jetzt besser verstehen?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ja!

Sandra Theede (IHK Berlin) [zugeschaltet]: Okay, prima! – Ich möchte nur noch einen Punkt ausführen, und das ist die Lernplattform. Hier gibt es schon Vorlagen in anderen Bundesländern. Ich möchte dazu noch sagen, dass die Datenschutzaufsichten dazu bestimmte Orientierungshilfen 2018 auf ihrer Konferenz formuliert haben, die man doch sicherlich verwenden könnte.

Uns als Berliner Wirtschaft geht es nicht um die Abschaffung des Schulbuchs, aber Corona hat doch deutlich gemacht, dass die Unternehmen, Verwaltungen und Schulen enorme Vorteile haben, die sich bereits proaktiv auf den Weg gemacht hatten. Da würden wir uns wünschen, dass wir alle gemeinsam diesen Weg weitergehen können. – Herzlichen Dank! Ich bin auch –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: – durch. Vielen Dank, Frau Theede! – Wir kommen jetzt zu der gemeinsamen Beratung. – Ich schaue zum Senat: Frau Senatorin! Möchten Sie dazu schon einiges sagen oder erst einmal in die gemeinsame Aussprache mit den Abgeordneten gehen? – Sie möchten etwas sagen. Bitte schön!

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Ja, gerne. Ich würde jetzt gerne zusammenfassend zu dem einen oder anderen Punkt etwas sagen, und dann steigen wir gleich in die Debatte ein. Dann kommen bestimmt auch noch Fragen von den Abgeordneten an den Senat.

Ich möchte mit dem Thema der Kommunikation anfangen. Vielleicht noch einmal in Richtung der GEW: In Bezug auf den Musterhygieneplan sind die Personalräte immer mit einbezogen worden, das ist mit den Personalräten abgestimmt worden. Es ist mitnichten so, dass da keine Kommunikation stattgefunden hat. Ich finde es absolut legitim, dass Sie ein Gremium gebildet haben, in dem Sie sich austauschen und Empfehlungen zum Thema Schule und Corona erarbeiten. Das machen Sie ja auch in anderen Situationen, zu anderen Themen und stellen mir dann Ihre Positionierung zur Verfügung. Ich würde mich freuen, wenn Sie am Montag dabei sind – ich weiß gar nicht, ob Sie zugesagt haben –, und dann können Sie auch gerne die Punkte in unserer Runde des Hygienebeirats ansprechen, in den einerseits alle möglichen Gremien involviert sind, der aber auch fachlich breit aufgestellt ist. Da bin ich sehr interessiert, was Sie da ansprechen können oder wollen.

Die Punkte, die Sie gerade angesprochen haben: Ja, klar kann ich mir vorstellen oder ich weiß es auch, dass Lehrkräfte gerne mit kleineren Gruppen arbeiten. Nicht ohne Grund haben wir zusätzliche Ressourcen für den Teilungsunterricht oder auch andere Themen. Aber man muss hier ganz deutlich aussprechen: Wenn wir Gruppen verkleinern, wird es keinen Regelunterricht geben, und das muss man einfach so ganz klar aussprechen. Die Eltern wollen etwas anderes. Auch die Kollegin der IHK hat hier deutliche Worte gefunden. Das muss man einfach ganz klar sagen. Ich bin wirklich dankbar für die konstruktive Debatte.

Wir sind jetzt in den zweiten Nachtragshaushaltsverhandlungen. Wir haben ja Millionen oder Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Wir müssen ja viele Bereiche bedienen – im Bereich der Wirtschaft, dass hier nicht viele Unternehmen in Konkurs gehen, viele Menschen arbeitslos werden und all diese Dinge, da sind wir unterstützend unterwegs. Und ich bin dankbar, dass das Parlament auch offen ist, was die zusätzlichen Ressourcen angeht. Wir haben mehrere Millionen Euro für die Lernbrücken zur Verfügung. Das macht kein anderes Bundesland. Das ist zusätzliches Personal, das hier unterstützt, und das wird auch weitergehen. Klar, auch bei den Sommerschulen ist das so. Wir haben das innerhalb von vier Wochen und nicht alleine gestemmt. Da bin ich auch dankbar. Natürlich gibt es da das eine oder andere Problem in der Umsetzung. Es wäre total komisch, wenn alles in allen Bereichen top laufen würde. Wir haben zum Beispiel bis zu den Herbstferien viel mehr Zeit, in der wir gerne auch in den Austausch gehen. Frau Becker, Mitarbeiterin meiner Verwaltung, geht sozusagen in die Reflexion, wo wir uns verbessern können, damit es nicht passiert, dass der eine oder andere in der Sommerschule nicht aufschlägt – was man da machen kann.

Herr Giese! Das Thema der Finanzierung haben wir ziemlich schnell pragmatisch geklärt. Hier auch: Ich glaube, 12 Millionen Euro nimmt das Land Berlin in die Hand, um Kinder zusätzlich zu fördern. Schauen Sie mal in anderen Bundesländern, wo das in diesen Umfängen in so einer Schnelligkeit passiert ist! Hier bin ich wirklich dankbar, dass eine Offenheit, auch der Abgeordneten, vorhanden ist, mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen – und gerne Hinweise, wo es nicht gut läuft!

1 Milliarde Euro zusätzlich, noch mal on top, finde ich eine ziemlich große Hausnummer. Ich habe die Lernbrücken, Sommerschulen oder auch den Präsenzpool angesprochen. Ich glaube, es liegt auf der Hand, wenn deutschlandweit Tausende Lehrkräfte fehlen, dass wir einen Pool anlegen – das werden natürlich nicht alles ausgebildete Lehrkräfte sein –, um die Schulen, wenn es zu Ausfällen kommt, zusätzlich zu unterstützen.

Noch einmal zum Musterhygieneplan, weil ich das nicht so stehen lassen möchte: Frau Stoffers hat mit der Charité, den Bezirken, unterschiedlichen Akteuren in der kürzesten Zeit – ich glaube, Rheinland-Pfalz war mit uns vorneweg – einen Musterhygieneplan erarbeitet. Wenn man die beiden Musterhygienepläne vom 9. /10. Juni nebeneinanderlegt – das war zwei Wochen vor Ferienbeginn –, wird man feststellen, dass der Mund-Nasen-Schutz ergänzt worden ist; sonst ist da nichts verändert worden, gar nichts. Wir haben bewusst diesen Brief zum 10. Juni herausgeschickt, damit sich die Schulleitungen mit ihren Kollegien darauf vorbereiten können. Es gab kleine Änderungen im Musikbereich, im Bereich Singen. Ich hatte eben angedeutet, dass wir das immer analog mit der Kulturverwaltung anpassen.

Wir lassen die Schulen nicht alleine. Wir haben einen Musterhygieneplan für das Land. Es ist gerade in Anhörung angesprochen worden, dass es individuelle Anpassungen und eine Flexibilität der einzelnen Schulen geben muss. Das geht gar nicht anders, weil es hier unterschiedliche Bedingungen gibt. Also wer jetzt so tut, als hätte es keinen Musterhygieneplan gegeben, der hat in den letzten Monaten die, ich glaube, zwei, drei Entwürfe nicht zur Kenntnis genommen.

Noch einmal zum Thema der Kommunikation: Wir haben im Senat ein bestimmtes Verfahren für alle Bereiche. Das betrifft nicht nur mein Ressort. Wir sitzen und treffen gemeinsam im Senat die Entscheidung, welche politischen Linien wir zum Beispiel im Kulturbereich verfol-

gen, wo wir Künstler unterstützen, die Ausfälle haben, oder das Riesenprogramm im Wirtschaftsbereich, aber auch die Linie der Schulöffnung oder andere Dinge. Wir führen auch Anhörungen im Senat durch, die den Bildungsbereich betreffen. Wir beschließen dann diese Dinge im Senat. Wir haben sie vorbesprochen, deswegen kann ich es nachvollziehen, was Frau Pech angesprochen hat. Wir haben das alles vordiskutiert, und diese Dinge, die wir gemeinsam erarbeitet haben, habe ich in den Senat eingebracht. Dann wird dort beschlossen, und das geht dann in die Senatspressekonferenz. Wir sind einmal einen anderen Weg gegangen; da haben wir die Schulleitungen vorher informiert, und dann stand das auch in der Presse. Also: Egal, wie man es macht, ist es nicht einfach.

Wir versuchen, viele mitzunehmen und im Vorfeld mit einzubinden, aber dass wir nicht alle komplett, überall und zu jeder Zeit einbinden können, das ist, glaube ich, klar, weil wir uns in einer Krise befinden. Wir gehen jetzt in das Regelsystem über und werden natürlich auch weiterhin Stellschrauben im Zusammenhang mit dem Musterhygieneplan auf den Weg bringen, weil sich vielleicht in den nächsten Monaten Dinge verändern – deswegen auch der Hygienebeirat, den wir eingerichtet haben.

Zur Wirtschaft: Ich hatte es eigentlich so verstanden, dass es immens wichtig ist, auch für die wirtschaftliche Entwicklung, dass die Schulen öffnen, dass die Ganztagsbetreuung angeboten wird. Wir kommen gleich noch einmal zu dem Thema. Wir haben auch Sondersitzungen mit der Wirtschaft durchgeführt. Man muss einfach einmal zur Kenntnis nehmen: 2 400 Ausbildungsplätze weniger. Hier hat es Sitzungen in der Soko beim Regierenden Bürgermeister gegeben. Und wenn ich jetzt mitbekomme, dass das eine oder andere Unternehmen sagt, dass es keine Schulpraktika zur Verfügung stellt, finde ich, dass man da gut zusammenarbeiten muss, sodass die Forderungen oder die Ansätze beidseitig da sind, damit wir alle gemeinsam gut durch diese Pandemie kommen und den Schülerinnen und Schülern auch im Bereich der Wirtschaft und Praxiserfahrung Möglichkeiten anbieten.

Da reicht nicht die Digitalisierung. Ich würde mir das wirklich wünschen. Wir sind ständig mit den Datenschutzbeauftragten und den Personalräten über das Thema der Digitalisierung im Austausch. Das ist in den Abstimmungen nicht so locker – bis dahin, dass in einer Schalte von mir gefordert wurde, dass ich doch verbiete sollte, dass Lehrer E-Mail benutzen und an Videokonferenzen teilnehmen. Da habe ich gesagt: Das mache ich nicht! Wie sollen wir denn den Kontakt zu den Kindern herstellen? – Im Wissenschaftsbereich ist es datenschutzrechtlich gar kein Thema, da wird mit Zoom gearbeitet, im Schulbereich ist es ein Thema. Ja, was denn jetzt? – Da werden unterschiedliche Maßstäbe an unterschiedliche Bereiche gelegt. Ich glaube, da können wir uns insgesamt noch besser zusammenschließen und gemeinsam aufstellen, was den Datenschutz angeht. – Herr Erdmann! Super, ich freue mich, was die einheitliche E-Mailadresse angeht. Wir sind in Verhandlungen mit der Finanzverwaltung und auch in Vorbereitung, und wenn ich da die Personalräte auf meiner Seite habe – finde ich super, fänden wir einheitlich eine gute Sache, was das angeht.

Ich glaube schon, dass wir in bestimmten Bereichen alle besser werden können. Aber ich möchte noch einmal sagen, in allen Bereichen, ob das jetzt vor Ort in den Schulen, in den Kindertageseinrichtungen ist oder das, was auch zugearbeitet worden ist, und auch wenn die Senatsverwaltung nicht zu jeder Stellungnahme umfangreiche Rückmeldungen gibt – wir nehmen die Dinge zur Kenntnis und wir nehmen Dinge auf. Manche Dinge verwerfen wir auch. Im Moment verwerfe ich kleine Gruppen, weil wir dann nicht zum Regelbetrieb kom-

men können, und auch andere Punkte. Es wird nur einen Zwischenweg geben, und man wird es nicht allen recht machen. Aber ich möchte mich wirklich bei allen bedanken, die uns Hinweise gegeben haben. Es ist nicht böse gemeint, wenn wir nicht jeden Schulleiter mit einbeziehen. Wir sind mit den Schulleiterverbänden – ein Verband vertritt ja die Integrierten Sekundarschulen und die Gemeinschaftsschulen – im Gespräch. Gerne sind wir auch ansprechbar.

Das Thema Schulversuch ist angesprochen worden. Es ist in der Handreichung erwähnt: Es gibt klare Vorgaben für Schulversuche und auch Hinweise auf der Homepage unserer Senatsverwaltung. Das können wir gerne noch gesondert zur Verfügung stellen, weil es dort klare Regularien, auch vonseiten der Kultusministerkonferenz, gibt, in welchen Bereichen und wie man Schulversuche beantragen und wie man da vorgehen kann.

Noch einmal herzlichen Dank an alle! Ich bin ganz gespannt, was wir im Hygienebeirat besprechen werden. Und wenn wir etwas in der Kommunikation verbessern können, machen wir das gerne. Aber noch einmal: Das ist nicht böse gemeint, wenn wir nicht zu jeder Zeit, an jeder Stelle alles kommunizieren können. Das ist auch in anderen Bereichen so, dass das an anderen Institutionen nicht gelingt, immer alle mit einzubeziehen. Wir geben uns weiter Mühe.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Wir kommen jetzt in die gemeinsame Aussprache und fangen mit Frau Kittler an. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Regina Kittler (LINKE): Vielen Dank! – Ich möchte mich erst einmal bei allen, die zur Anhörung erschienen sind, beziehungsweise uns über mehr oder minder gut funktionierende digitale Wege zur Verfügung gestanden haben und noch stehen, bedanken.

Ich glaube, dass uns allen klar ist, dass wir uns in einer sehr schwierigen Situation befinden; das betrifft nicht nur den Bildungsbereich. Insofern teile ich mit Sicherheit die bildungspolitischen Forderungen der GEW, möchte aber dazusagen: Ja, Bildung ist für mich eine der ersten Staatspflichten. – Damit habe ich es eigentlich schon gesagt. Das Land Berlin wird solche Forderungen nicht allein erfüllen können. Solange das Kooperationsverbot gilt und der Bund nicht entsprechend mit Mitteln im größeren Umfang für den Bildungsbereich zur Verfügung steht, werden sich einige Sachen im Land Berlin nicht lösen lassen. Dazu gleich noch gesagt: Ich glaube, dass es wenig hilfreich ist zu sagen: Das muss jetzt aber als Allererstes gemacht werden im Land Berlin. Dafür müssen die Mittel, die wir zur Verfügung haben, auch genutzt werden.

Wir haben auch nichts davon, wenn beispielsweise die Betriebe pleitegehen, und wir hinterher dort keine Ausbildungsstellen mehr haben. Wir haben auch nichts davon, wenn wir im Land Berlin keine Kultur mehr erleben können. Der Mensch lebt bitte nicht von Bildung allein, sondern übrigens auch von Brot. Wenn die Arbeitsplätze wegbrechen, dann haben wir nichts davon – und auch nicht die Kinder. Dann haben wir nämlich eine noch größere Kinder- und Jugendarmut. Das hängt alles miteinander zusammen.

Ich möchte hier noch einmal ganz deutlich die Verpflichtung für den Bund, sich stärker um den Bildungsbereich zu kümmern, betonen. Ich glaube schon, dass gerade das Land Berlin sich dafür in der KMK starkmacht. – Das mal vorweg.

Jetzt zu einigen Nachfragen von mir. Einmal: Es ist jetzt sehr viel über die Sommerschule erzählt worden und dass das – klar, Anfangsschwierigkeiten – weiterentwickelt werden soll. Ich möchte einmal fragen, wie denn eigentlich die Ferienbetreuung gelaufen ist. Dazu hat Frau Scheeres gar nichts gesagt – das würde ich schön finden –, oder habe ich es überhört? – Nein. Also ich würde es schön finden, wenn dazu etwas gesagt werden würde, ob da Zahlen bekannt sind, wie viele denn nun tatsächlich an der Ferienbetreuung an den Grundschulen teilgenommen haben. Mir ist nichts bekannt geworden, aber gab es da, wir hatten ja Gruppengrößen von 22 Kindern, Probleme mit Coronafällen? – Ich habe hier nichts erfahren. Das würde mich sehr stark interessieren, weil das im Prinzip eine Art Testlauf für die Grundschule war.

Eine andere Frage ist: Es ist ganz viel zu den Missständen, die wir noch in der digitalen Ausstattung und in der Entwicklung haben, gesagt worden. Die IHK hat sich dazu in der letzten Woche ganz viel geäußert, und sicherlich sind wir da alle unterwegs. Wir haben dazu mehrere Anträge von verschiedensten Fraktionen. Wir werden das auch noch im Hauptausschuss diskutieren und es uns sicherlich auch hier im Bildungsausschuss noch einmal anschauen müssen. An Frau Scheeres hätte ich die Frage, wann die Ausschreibung für das Breitband zu erwarten ist, also die Bitte, einfach einmal einen Zeithorizont zu nennen. Zu dem, was dazu schon gesagt wurde, muss ich nichts hinzufügen.

An die Senatorin habe ich noch die Frage – Tom Erdmann hat das angesprochen –: Inwiefern ist die Dienstvereinbarung zum digitalen Arbeiten in Vorbereitung, und wann soll sie abgeschlossen werden? – Ich sehe sie, auch im Interesse der Beschäftigten, als Notwendigkeit an.

Zu den anderen Fragen: Ich würde gerne wissen, wie die Schulleiterinnen und Schulleiter, die unter den Anzuhörenden sind, die Forderung der GEW nach Teilungsunterricht bewerten, inwiefern sie das als realistisch und notwendig ansehen, unabhängig davon, dass es beim Plan B wahrscheinlich so kommen muss. Ich meine aber, wenn Plan B nicht einsetzt: Wie stehen Sie dann zu der Forderung? – Und wie stehen die Schulleiterinnen und Schulleiter zu den Forderungen des Landeselternausschusses und des Landesschülerausschusses? – Der letztere hat ja sogar mit Streik gedroht. Das würde mich interessieren.

Dann hatten wir von Herrn Giese eine ziemlich kompakte Darstellung der Situation, auch in Ergänzung zu den anderen Schulleiterinnen und Schulleitern. Da würde ich fragen wollen – das ist ja auch von der GEW kritisiert worden –: Gibt es nicht doch eine Möglichkeit, dass der Senat – und ich weiß, dass vieles über die Senatssitzung an die Öffentlichkeit kommt, danach die Pressekonferenz – vorab die Schulleitungen – – [Zuruf] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: 6 Minuten 36 Sekunden – ich weiß nicht, wie wir das mit Blick auf die Zeit machen sollen. Ich habe nichts dagegen, von mir aus kann jeder von Ihnen zehn Minuten reden, wenn Sie nicht, wenn wir regulär Schluss haben sollten, alle auf die Uhr gucken und alle anderen Tagesordnungspunkte vertagen. Ansonsten wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir uns auf irgendeine Zeit einigen. Von mir aus sechs Minuten, fünf Minuten, aber wir müssen uns auf eine Zeit einigen, sonst gerät das hier aus dem Ruder. Wie gesagt, bei 6.36 sind wir schon angekommen, Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Okay. Das war jetzt aber mitten im Satz, ein bisschen schwierig. – Inwiefern ist es nicht doch möglich, die Schulleiterinnen und Schulleiter wenigstens zu in-

formieren, bevor das im Senat verhandelt und anschließend in der Pressekonferenz verkündet wird? – Ich denke schon, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter mit solchen Informationen verantwortungsbewusst umgehen können und ihnen auch noch einmal gesagt werden kann: Für die Öffentlichkeit bitte noch bis zu dem und dem Zeitpunkt zurückhalten! – Na ja. Aber wenn dort verkündet wird: Das beschließen wir jetzt, und das ist bis zur nächsten Woche umzusetzen –, dann ist das bis zur nächsten Woche nicht umzusetzen. Dann müssen andere Umsetzungszeiten beschlossen werden, finde ich.

Dann würde ich gerne von den Schulleiterinnen und Schulleitern wissen – wir haben mehrere Vertreter von Neukölln dabei, und da gibt es diese Initiative „Schule in Not“ –: Wie sieht es mit der Schulreinigung aus? Welche Probleme sehen Sie hier?

Zur Digitalisierung würde ich gerne noch eine Ergänzung durch die Schulleiterinnen und Schulleiter haben wollen, welche Probleme Sie hier als Erstes lösen wollen und was aus Ihrer Sicht da gemacht werden muss.

Die Frage der Testung an Flughäfen, gibt es dazu inzwischen eine Absprache? – Das würde noch eine Frage sein, die ich an Frau Scheeres stellen möchte.

Die Videokonferenzen und den damit zusammenhängenden Datenschutz sehe ich genauso wie die Senatorin: Es ist schwierig und ein weites Feld. Aber wir müssen den Schulen eine rechtssichere Möglichkeit geben.

Die Frage nach Plexiglasscheiben wurde gestellt; die würde ich auch gern vom Senat beantwortet haben wollen. – Die Forderung zur Vertretungsreserve kann ich nur unterstützen. – Das war es.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Gut. – Wenn wir den Blick auf die Zeit nicht so sehr verschärfen können, dann habe ich die Bitte: dass wir gut zuhören, welche Fragen gestellt worden sind, und diese nicht wiederholen, nur weil ein anderer es vielleicht anders und besser formuliert. – Das wäre nett. Ich wäre dankbar, wenn man auf Doppelungen verzichtet. Wir machen jetzt weiter mit Frau Dr. Lasić. – Bitte schön!

Dr. Maja Lasić (SPD): Dann hoffe ich, dass Frau Kittler meine Zeit nicht komplett aufgebraucht hat. Ich schließe mich erst einmal dem Dank an die Anzuhörenden an, auch für die vielfältigen Einblicke in die verschiedenen Aspekte – sowohl die Gewerkschaft als auch die IHK als die beiden Pole und die Schulleiter, die in ihren Stellungnahmen irgendwo in der Mitte sind. An vielen Stellen kam heraus, dass die Maßnahmen grundsätzlich sinnvoll sind, aber noch besser werden können. Ich glaube, das ist eher eine Frage der Umsetzung und nicht der politischen Klärung.

Ich würde gerne auf den Aspekt gehen, den ich aktuell als den politischsten Punkt in dem Ganzen empfinde, und zwar die Forderung der GEW nach Reduktion der Klassengröße und damit die bessere Einhaltung der Abstände. Das ist jetzt aus dem Herzen gesprochen, wir haben auch einen Beschluss der Koalition dazu: Glauben wir, dass bei kleineren Klassengrößen, einem besseren Betreuungsschlüssel und entsprechenden Angeboten sämtliche Vorgaben besser einzuhalten wären? – Die Antwort ist ganz klar: ja. Ist das aus meiner persönlichen Sicht, und ich glaube auch aus Sicht vieler Kollegen, mit dem Anspruch der vollständigen Rückkehr

kompatibel? – Meine persönliche Antwort war, und ich glaube, da sind wir uns in der Koalition einig: Das wird kaum umsetzbar sein.

Vor dem Hintergrund die Frage erst einmal an Herrn Erdmann: Wie stellt man sich das vor? – Wir haben genau das, was Sie gefordert haben, für den Plan B gefordert. Das heißt, für den Fall, dass die Infektionszahlen so stark ansteigen, dass wir keinen Regelbetrieb machen können, sagen wir genau das: Wir müssen die Klassen teilen, ein Teil wird dann zu Hause bleiben, wir müssen das verzahnen, wir müssen alle Räumlichkeiten auch außerhalb der Schule nutzen und sämtliches nichtpädagogisches Personal einbeziehen.

Wenn man es aber grob überschlägt, kommt man genau dahin: Das funktioniert nur, wenn man aktuell nur einen Teil der Schülerschaft in Präsenz beschult. Ab dem Moment, wo wir den Anspruch erheben, dass sämtliche Schüler den ganzen Tag in den Bildungseinrichtungen sind, inklusive aller außerschulischen Einrichtungen, die uns irgendwie einfallen, auch wenn wir sie in die Rathäuser stecken, scheitern wir spätestens am Personal. Inklusive des nichtpädagogischen Personals kommen wir irgendwann an eine Grenze.

Daher meine ehrlich gemeinte Frage, auch wenn das Geld vom Himmel regnen würde, und der Bund uns jetzt 1 Milliarde Euro schenkt, oder wir uns die siebte Milliarde Euro Schulden einschenken: Wie sollten wir es umsetzen? – Dann können wir ernsthaft darüber reden, ansonsten ist es eher ein von außen herangetragenem Wunsch-dir-was, aber ich glaube, dass die Gewerkschaft genauso wie wir als Parlament, der Senat und auch die Schulleitungen in ihrer Verantwortung jenseits des Wunsch-dir-was sind, sondern eher das Umsetzbare machen müssen. Daher die konkreten Fragen der Umsetzung: Wie ist das, was Sie fordern, kompatibel mit dem Anspruch der Rückkehr zur vollständigen Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler, das heißt, nicht in der Mischform der Beschulung zu Hause? Oder sagen Sie, dass man von vornherein durchgehend in der Mischform bleiben muss? – Dann haben wir wiederum die Debatte mit der Berufstätigkeit der Eltern. Das wäre dann eine andere. – Daran anknüpfend auch an die Schulleitungen die Frage: Wie bewerten Sie die Umsetzbarkeit der Forderung der GEW in dem Punkt?

Eine kurze Frage an den Senat mit Blick auf die Schüler usw.: Schüler haben auch erwähnt, sie wären nicht in den Hygienebeirat einbezogen worden. Daher eine kurze Klärung des Sachverhalts: Wer ist vonseiten des Personals, der Eltern, der Schüler usw. im Hygienebeirat vertreten?

Die letzte Frage an Frau Theede hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten: Es ist ein Geben und Nehmen. Unser Job ist es, primär zu schauen, dass die Bildungsverwaltung und die Bildungseinrichtungen die Beschulung im Regelsystem möglichst gut hinbekommen. Wir wünschen uns aber danach einen guten Anschluss in die Ausbildung. Was tun die Berliner Unternehmen, vertreten durch die IHK, dafür, dass wir möglichst viele Ausbildungsplätze in diesen Jahren – möglichst ab sofort – zur Verfügung haben?

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Super! Danke, Frau Dr. Lasić! – Wir machen jetzt weiter mit Frau Dr. Jasper-Winter, die uns zugeschaltet ist. – Bitte schön!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Können Sie mich alle verstehen?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ja, wir können Sie gut verstehen.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) [zugeschaltet]: Super, danke! – Ich habe einmal Fragen zum Komplex Digitales und einmal zum Komplex Ausbildung. Zum Komplex Digitales eine Frage an Herrn Erdmann: Sie sagten, eine Dienstvereinbarung „Digitales“ müsse jetzt unbedingt her. – Heißt das eigentlich, dass die jetzige Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen gewissermaßen durch Nutzung ihrer Geräte bisher im rechtsfreien Raum stattgefunden hat? Oder gab es da etwas, was man jetzt aktualisieren müsste?

Damit verbunden ist die Frage an Frau Senatorin, wann sie denn gedenkt, diese Vereinbarung, wenn es noch nicht geschehen ist, endlich herzustellen. – Frau Kittler, Sie sagten auch: Es ist alles schwierig. – Welches nimmt man jetzt? Ist Zoom, fragte auch Frau Senatorin, sicher? Ja – nein? Die Wissenschaft sagt: Ist in Ordnung –, die Bildung oder die Schulen sagen: eher nicht. – Na ja, wenn Sie selber feststellen, dass es alles schwierig ist, dann sind Sie, der Senat, gefordert, hier gemeinsame Maßstäbe durch Vereinbarungen und verbindliche Handlungsempfehlungen oder Anweisungen herzustellen. Warum haben Sie das noch nicht getan, und wann gedenken Sie das zu tun?

Frau Theede sagte, dass wir natürlich auch die Fortbildung der Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Bereich brauchen. Sie sagte, dass das dann verpflichtend sein müsse. – Frau Senatorin, wie sehen Sie das? Wie wollen Sie die Lehrerinnen und Lehrer, die Pädagoginnen und Pädagogen fortbilden? Und wären Sie dann auch dafür offen, zu sagen, dass gewisse Grundkenntnisse, wie man eine Videokonferenz mit Schülern einrichtet und bedient, wirklich jede und jeder haben sollte? Wären Sie bereit, da eine gewisse Verpflichtung zur Fortbildung einzugehen?

Zum zweiten Komplex, der Ausbildung: Dieses Geben und Nehmen, was gerade angesprochen wurde, ist des Öfteren ein Pingpong. Das habe ich auch schon des Öfteren im Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales gesagt. Die Politik bzw. der Senat sagt, dass die Unternehmen nicht genug Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Die Wirtschaft sagt, dass die Auszubildenden, die sie bekommt, aus unterschiedlichen Gründen nicht orientiert, nicht ausgebildet oder nicht reif genug für die Ausbildung sind. – Frau Theede und Frau Senatorin! Mich würde ganz konkret und konstruktiv Folgendes interessieren: Es gibt rund 2 000 Ausbildungsplätze weniger, vor allem in den pandemiebetroffenen Branchen, zum Beispiel im Gastgewerbe. Allerdings sind auch jetzt zum Ausbildungsjahr immer noch über 6 000 Ausbildungsplätze offen. In den Haushaltsberatungen – das haben wir als FDP erst einmal kritisch gesehen, weil wir sagten: So viel Geld für Werbekampagnen, muss das sein? – haben wir 300 000 Euro für eine Kampagne zur beruflichen Bildung beschlossen. – Wie fühlen Sie, Frau Theede, sich denn vom Senat unterstützt, jetzt so eine stadtweite, konzertierte Werbekampagne für die Ausbildung bei den Schülerinnen und Schülern vorzunehmen? – Denn wir wissen, dass in den Schulen die Berufsorientierung durch den Lockdown in den letzten Monaten komplett ausgefallen ist. Viele sehen sich aufgrund der Stimmung in der Pandemie nicht in der Lage oder trauen sich nicht, eine Ausbildung in Angriff zu nehmen, sondern würden eher die Schule verlängern. An beide, an die IHK und den Senat, die Frage: Arbeiten Sie zusammen an einer stadtweiten Werbekampagne? Damit wird jedem an einer Bushaltestelle klargemacht: Trau dich, es sind noch Ausbildungsplätze da! Mach das! Das ist ein guter Weg für viele Menschen! Zieh das in Betracht!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke schön! – Wir machen weiter mit Herrn Fresdorf. – Bitte schön!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde mich gern einmal auf die Sommerschule beziehen. Wir haben gehört, dass es da am Anfang ein bisschen gerumpelt hat. Da war ein bisschen Sand im Getriebe. Senatorin Scheeres hat schon beschrieben, dass das dann ausgeräumt worden ist. Meine Frage ist, ob Sie Nutzerzahlen haben. Wie viele Plätze waren geplant? Wie viele Plätze wurden tatsächlich angeboten? Wie viele Kinder haben das Angebot tatsächlich auch dauerhaft wahrgenommen? – Das würde mich sehr interessieren. Ich finde es sehr schön, dass dieses Konzept positiv wahrgenommen wird. Ich denke auch, dass es ein guter Weg ist, um Versäumtes nachzuholen.

Beim Musterhygieneplan haben wir ein recht inkonsistentes Bild, wenn man überlegt, dass man auf den Fluren, in den öffentlichen Bereichen einen Mund-Nasen-Schutz trägt, im Schulraum und im Hort aber nicht. Es kann auch nicht jeder Hort so organisieren, dass die Kinder dauerhaft getrennt sind. Also habe ich spätestens dort die Durchmischung, und die Gefahr einer Ansteckung ist besonders hoch. Was spricht dagegen, alle Unterrichtsräume mit Plexiglasscheiben auszustatten, ähnlich, wie wir es jetzt in unseren Sitzungsräumen haben? – Ich

weiß nicht, ob Sie schon die Möglichkeit hatten, im Raum 113 oder in anderen Räumen, die bereit gemacht wurden, zu sitzen. Wenn wir uns das zumuten und uns da eine Sicherheit holen, warum machen wir das nicht auch für die Schülerinnen und Schüler, die dadurch ebenso eine zusätzliche Sicherheit bekommen würden? – Wir würden sie so davor verschonen, auch im Unterricht einen Mund-Nasen-Schutz tragen zu müssen. Ich denke, das wäre sinnvoll. Ich wüsste gern die Gründe seitens des Senats, die dagegensprechen.

Sie haben das Lüften angesprochen, Frau Scheeres! Es gibt in meinem schönen Heimatbezirk Spandau eine Schule, die Bernd-Ryke-Grundschule, die schon in allen Räumen CO₂-Messgeräte hat. Diese unterstützen beim Lüften mit einem Ampelsystem, indem der CO₂-Gehalt gemessen und danach entsprechend durchgelüftet wird. Wie sehen Sie die Maßnahme? Ist sie vielleicht auf andere Schulen übertragbar? – Ich denke, es wäre eine gute Möglichkeit, den Lehrer dabei zu unterstützen, kein Placebo-Lüften durchzuführen. Denn nur, wenn es ein bisschen kühler ist, heißt das nicht, dass die Luft auch ausgetauscht wurde. Dafür muss man etwas länger lüften. Darum denke ich, dass der Musterhygieneplan mit der Anweisung, einmal in 45 Minuten zu lüften, eine Schwachstelle hat. Das ist, glaube ich, nicht ausreichend, um die hygienischen Standards zu erfüllen.

Mich interessiert, von den Schulleiterinnen und Schulleitern – einen sehe ich, die anderen habe ich vor meinem inneren Auge – zu erfahren, wie ihre Lehrerinnen und Lehrer mit Schülern umgehen, die in den öffentlichen Bereichen keine Maske tragen und sich einfach weigern. Wie ist da das Verfahren? – Wenn Sie mir das beantwortet haben, würde mich interessieren, was der Senat hier empfiehlt. Was sollen die Schulen machen, wenn Schüler sich dauerhaft weigern, eine Maske zu tragen, und es keine medizinischen Gründe dafür gibt, sondern die Überzeugung vorliegt, dass das Tragen einer Maske nicht helfen mag? Ich glaube, in diesem Punkt sind die Schulen ein bisschen alleine gelassen.

Das Thema Tablets haben Sie angesprochen. Ich finde es sehr gut, dass ungefähr 10 000 Tablets angeschafft wurden; es waren ein bisschen weniger. Die Frage ist: Wie hoch war der tatsächlich gemeldete Bedarf? – Was ich aus den Schulen höre, ist, dass in den Klassen deutliche höhere Zahlen gemeldet wurden und von neun gemeldeten ein Tablet ankam. – Das finde ich persönlich sehr spannend. Die Differenz würde mich interessieren, denn ich vermute, dass viele Kinder der Möglichkeit beraubt sind, dem Digitalunterricht zu folgen.

Ich komme noch kurz zu den Lehrerinnen und Lehrern, die Risikopatienten sind. Ich glaube, dazu haben Sie etwas gesagt, mich würde es aber noch vertieft interessieren. Die Risikopatienten unter den Lehrerinnen und Lehrern sind ja nicht automatisch arbeitsunfähig. Sie können zu Hause arbeiten oder in einem geschützten Raum. Welche Anweisungen gibt in diesem Bereich? Wie ist die Verwendung dieser Kolleginnen und Kollegen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht in die Schule kommen können?

So, wie es den Schulleiterinnen und Schulleitern ergeht, wenn es um Kommunikation geht, so ergeht es uns auch. Es kam ja noch einmal die Frage zum Hygienebeirat, ich glaube, von Frau Dr. Lasić. Um 14.00 Uhr kam eine Pressemitteilung der Senatsbildungsverwaltung. Darin kann man ganz genau nachlesen, wer im Hygienebeirat vertreten ist. Nicht nur die Schulleiter werden nach der Presse informiert, das Parlament auch; das teilen wir. Kommunikation ist tatsächlich nicht unbedingt die Stärke. Es spricht doch zum Beispiel nichts dagegen, zeitgleich zu informieren, nämlich wenn Sie die Senatspressekonferenz machen und danach eine

umfangreiche Informationsmail an die Schulleiterinnen und Schulleiter schicken. Ich glaube, Ihnen würde keiner böse sein, wenn das zeitgleich passiert. Ich kann den Unmut darüber verstehen, dass die Informationen vorher immer erst woanders hingehen und dann erst bei den Betroffenen eingehen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir machen weiter mit Frau Jarasch. – Bitte!

Bettina Jarasch (GRÜNE): Danke schön! – Ich habe drei Fragen. Die ersten beiden Fragen gehen an alle, zumindest an alle Schulleiterinnen und Schulleiter, die wir als Anzuhörende haben. Wir haben im Moment einen Plan A, der heißt Regelunterricht, und wir haben einen Plan B, der heißt Übergang zu einer neuen Mischform, Blended Learning, wenn es mit dem Regelunterricht nicht funktionieren sollte. Nun ist es ja nicht so, dass plötzlich einfach von einem Tag auf den anderen umgeschaltet wird. In Wahrheit entwickeln die Schulen natürlich jetzt schon – wohl oder übel, wegen älterem Personal, das zur Risikogruppe gehört, wegen Raumfragen oder weil sie einfach innovativ sein wollen, wie es Frau Pech zum Beispiel angekündigt hat – Mischformen und müssen das auch. Darauf zielen meine ersten beiden Fragen.

Meine erste Frage betrifft insbesondere Risikogruppen, die zu Hause bleiben. Welche Wünsche und Ideen gibt es aus Sicht der Lehrkräfte selbst und aus Sicht der Schulleitung? Welche Vorschläge gibt es, um sie anders einzusetzen, also um sie so einzusetzen, dass sie keinen Präsenzunterricht machen müssen und trotzdem möglichst viel beitragen und ihre Kolleginnen und Kollegen entlasten können? – Die zweite Frage ist damit verbunden. Sie richtet sich stärker an Frau Pech, weil sie schon gesagt hat, dass sie gern einen Schulversuch machen würde. – Was glauben Sie, welche digitalen Kompetenzen brauchen Lehrkräfte für diese neue Art des Lernens, wenn Ihr Schulversuch denn in diese Richtung zielt? Gibt es dafür die passenden Angebote und Fortbildungen? Ist es denkbar – Ihrer aller Einschätzung nach; das würde mich sehr interessieren –, solche Mischformen, also nicht den kompletten Plan B, zu machen, ohne den Unterrichtsstoff zu reduzieren, oder gibt es da einen Kippunkt?

Meine dritte Frage im Anschluss an meine Kolleginnen und Kollegen, die das vorher schon sagten, zielt auf die Lernbrücken und die Sommerschule. Die Lernbrücken, die es schon vor der Sommerschule gab, sind hier ein bisschen hintenübergefallen. Ich habe den Eindruck, dass das sehr positive Angebote sind, weil sie eine Lücke füllen, die es schon länger gab, und wo Corona jetzt eher die Chance geboten hat, einmal neue Wege zu gehen, nämlich mit Hilfe von Leuten, die vor allem in der Jugendhilfe und Sozialarbeit Erfahrung haben, auch auf die Kinder und ihre Familien zuzugehen und eine Brücke zum Bildungssystem zu sein. So würde ich das einmal ganz allgemein sagen. Es gibt bekanntlich viele, die das schon lange gebraucht hätten. Und das ist etwas, was die eine Schulsozialstation allein nicht schaffen kann. Deswegen würde mich interessieren, ob eine Verstetigung über Corona hinaus hilfreich wäre und einen Sinn hätte, um die Schüler zu erreichen, die sonst aus dem System zu fallen drohen. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Stettner! Sie sind an der Reihe – bitte!

Dirk Stettner (CDU): Vielen Dank! – Herzlichen Dank an die Anzuhörenden! Ich habe eine Frage an alle. Das kann ich deswegen so einfach machen, weil Sie mit fast allen wichtigen Beteiligten gerade eine Pressemitteilung herausgejagt haben, von der Sie berichtet haben und

in der die zentralen Punkte enthalten sind, die Sie fordern. Viele der hier Anzuhörenden sind ja auch Unterschriftsleister dieser Pressemitteilung. Also können wir die Frage stellen, ob alle hier Anzuhörenden diese Positionen mit unterstützen: bessere, frühzeitigere Kommunikation, schnellere Digitalisierung, die Auffassung, dass das Hygienekonzept so, wie momentan vorgelegt, durch die Schulen in weiten Teilen nicht umsetzbar ist. Das kommt in Ihrer Pressemitteilung unter anderem vor, verbunden mit einer starken Forderung nach einer Investitionsoffensive. Gibt es irgendeinen der Anzuhörenden, der dem nicht zustimmt? – Das ist meine Frage an diejenigen, die nicht unterschrieben haben.

An den Senat habe ich eine ganze Menge Fragen, im Grunde an die ganze Koalition, die so ein bisschen Opposition spielt. Erst einmal sehe ich ein Wahrnehmungsproblem und zwei Welten. – Frau Senatorin! So ein bisschen spielen Sie Dornröschen im Elfenbeinturm und sehen Ihre heile Welt, und alle Praktiker hier wollen Sie da gern rausholen. Aber Sie lassen sich nicht wachküssen, so ist meine Wahrnehmung. – [Dr. Maja Lasić (SPD): Sie haben nicht zugehört!] – Ich habe sehr genau zugehört, Frau Dr. Lasić! Und ich werde Ihnen jetzt auch darstellen, wo ich genau zugehört habe. – [Zuruf von Dr. Maja Lasić (SPD)] – Frau Dr. Lasić hat genau wie Sie, Frau Senatorin, gesagt, wenn wir kleinere Gruppen haben wollten, könnten wir keinen Regelbetrieb durchziehen. – Das ist natürlich Humbug. Wenn wir das getan hätten, was wir vor Monaten bereits besprochen haben, also die Vorbereitungen getroffen und nicht nur 9 600 digitale Endgeräte gekauft hätten, dann wäre ein integriertes Lehren und Lernen durchaus möglich. Hier wurde eben davon gesprochen, es gebe einen Plan B, der umsetzbar ist. Ich habe diesen Plan vor den Sommerferien nicht gesehen und ich sehe ihn jetzt nicht. Sie haben keinen Plan B. Ich würde Sie gern noch einmal fragen und von Ihnen wissen, wie Sie hälftige Klassen vernünftig beschulen wollen. Vielleicht können Sie mir das noch einmal erklären.

Dann interessiert mich, warum Ihre Kommunikation, wie von allen Anzuhörenden beschrieben und wie auch schon vor der Sommerpause klar kritisiert wurde, so unsagbar schlecht ist. Warum ist es nicht möglich, die Praktiker, die Schulleitungen vorher zu informieren? Wenn Sie den aktualisierten Musterhygieneplan erst am 4. August herumschicken, um nur ein Beispiel zu nennen, warum bekommen die freien Schulen diesen nicht wenigstens auch dann, wenn die allgemeinen Schulen ihn bekommen, und nicht erst wieder drei Tage später, nämlich erst am 7. August? Woran liegt das? Und wenn Sie, wie Sie gesagt haben, bei der Aktualisierung Ihres Musterhygieneplans nur drei, vier kleine Änderungen vollzogen haben, warum haben Sie dann acht Wochen dafür gebraucht – wenn es nur so wenige Änderungen sind? – Vielleicht können Sie mir das erklären. Ich glaube, Sie haben ca. 1 700 Mitarbeiter in Ihrer Senatsverwaltung. Selbst wenn davon nur 20 Prozent vorhanden sein sollten, haben Sie einige Hundert. Das sollte für mehr reichen als für ein Stückchen Papier.

Haben Sie, was den Lernraum Berlin angeht – eine dringende Voraussetzung für jede Form von Plan B – die Berliner Datenschutzbeauftragte insoweit abschließend beteiligt, dass Sie alle Unterlagen eingereicht haben, damit die Datenschutzbeauftragte zustimmt und bestätigt, dass der Lernraum Berlin DSGVO-konform ist, was sie bis dato nicht tut? – Bis dato haben Sie ja nicht alle Unterlagen eingereicht. Ist das jetzt erfolgt? Ist diese Prüfung nun abgeschlossen? Können wir davon ausgehen, dass der Lernraum Berlin jetzt datenschutzkonform ist? – Frau Kittler! Ja, das ist immer sehr schwer mit dem Datenschutz, wie Sie gerade sagten, aber da gilt gleiches Recht für alle, also auch für die Senatsverwaltung und für Berlin. Auch sie müssen mit der DSGVO umgehen.

Ungefähr 11 500 Schülerinnen und Schüler haben an der Sommerschule teilgenommen. Es konnten nicht alle Jahrgangsstufen teilnehmen. Es konnten nicht alle Schülerinnen und Schüler teilnehmen, die teilnehmen wollten. – Stellen Sie sicher, dass das im Herbst anders wird und wir alle Schülerinnen und Schüler, also alle Bedarfe, berücksichtigen können!

Eine letzte Frage, was die Kommunikation angeht: Sie sagten, Sie ziehen immer gern den Vergleich zu anderen Bundesländern. Warum ist es eigentlich in Bayern, um nur ein Bundesland herauszugreifen, möglich, den Vierstufenplan fünf Wochen vor der Schulöffnung transparent zu kommunizieren? – Und Sie machen kleine Änderungen drei Tage vor der Schulöffnung. Wo ist denn da der Unterschied? Warum gelingt das bei Ihnen nicht? – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Senatorin Scheeres hat das Bedürfnis, darauf einzugehen. – Bitte schön!

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Ich habe das Bedürfnis, weil ich zwei Seiten Fragen an mich vorliegen habe und weil wir uns vorgenommen haben, hier gut in den Austausch zu gehen. Ich würde gern schon einmal ein paar Punkte abräumen, weil gleich sicherlich auch noch Fragen an mich gestellt werden.

Zum Thema Ferienbetreuung: Darüber hat gar keiner geredet, da sind wir schon in den Regelbetrieb eingestiegen. Das ist, wie ich finde, gut gelaufen. Wir haben die Ferienbetreuung in festen Gruppen durchgeführt. Es gab dort einzelne positive Fälle. Die betreffenden Kinder und Erzieher wurden herausgezogen, die eine oder andere Hortgruppe wurde geschlossen. Das war aber, wenn ich das richtig im Kopf habe, im einstelligen Bereich. Ich habe die Zahlen jetzt nicht präsent.

Jetzt noch einmal zum Thema Plan B: Lieber Herr Stettner! Ganz ehrlich, ich finde das wirklich schade. Sie fordern immer ein, dass wir die Dinge transparent darstellen. Unabhängig davon, dass wir Ihnen viele Dinge gemailt haben und vieles auf unserer Homepage steht und bei Ihnen hier auf dem Tisch liegt, gibt es eine Gliederung mit acht Punkten – wir hatten ja schon einmal das Scharmützel miteinander, wo Sie behauptet haben, dass Dinge nicht irgendwo stehen –; darin sind in mehreren Punkten Alternativszenario, Lernen zu Hause, Plan B ganz detailliert und ausführlich beschrieben. Auch wurden in den Sommerferien die Fachbriefe für jedes Fach erarbeitet, und es wurde beschrieben, wie das stattfinden kann.

Ich spreche das noch einmal an: Wenn wir Klassen halbieren, und der andere Teil der Klasse ist zu Hause, dann müssen die Eltern auch zu Hause sein – das liegt doch auf der Hand. Das scheinen Sie irgendwie zu ignorieren, dass dann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht möglich ist. Ein sechs- oder siebenjähriges Kind kann ich nicht alleine am Computer sitzen und alleine Dinge erarbeiten lassen. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen, welche Vorstellungen Sie von Beschulung haben. Das entspricht definitiv nicht meiner Vorstellung. Ich möchte, dass die Eltern wieder arbeiten gehen. Und wenn wir die Klassen halbieren, können die Eltern nicht alle arbeiten gehen, und es werden Kinder benachteiligt werden.

Zum Thema Sommerschule: Es freut mich, dass Sie das ansprechen. Sie wollten übrigens, dass die Lehrer in den Sommerschulen arbeiten. Das war super im Hauptausschuss, was Ihre Fraktion da vertreten hat. Sie wollten, dass alle Lehrer in den Ferien tätig sind. Ich habe eine

totale Schelte bekommen, wie wir denn freie Träger beauftragen oder Studenten einsetzen können usw. Was das angeht, habe ich auch eine andere Ansicht. Aber das unterscheidet ja auch die unterschiedlichen Fraktionen, die unterschiedlichen Parteien, welche Anforderungen man hier an Bildung hat. Ganz klar: Wir haben Ferienschulen und Lernbrücken installiert und viele Millionen Euro zusätzlich bewegt, auch über diese Koalition, damit all diese Dinge in Kürze umgesetzt werden können. – Es gab gerade die Frage, wie viele Kinder Interesse daran hatten. Es hatten mehr Familien Interesse, deshalb führen wir das in den Herbstferien fort. Die Schulleitungen finden das Lernbrückenprogramm super und haben ein Interesse daran, dass es in eine Dauerfinanzierung geht. Aber ob man das ermöglichen kann, ist ein Thema für die nächsten Haushaltsverhandlungen. Die Fachkräfte, die über das Bonusprogramm laufen, waren während der Schließzeiten ebenfalls aktiv. Es ist nicht so, dass alles nur über das Lernbrückenprogramm gelaufen ist, sondern viele Sozialarbeiter, die über unser Landesprogramm laufen, waren bei den Familien vor Ort und haben Kontakte hergestellt, Materialien hin- und hergebracht und immer wieder gefragt: Wie geht es? Können wir Euch unterstützen?

Ein weiteres Thema sind die Testungen auf den Flughäfen. Ich war im Gesundheitsausschuss. Am Anfang war es ein Problem, dass nicht alle Kinder getestet worden sind. Frau Kalayci berichtete, dass es die Vorgabe des Bundes gibt, dass natürlich die komplette Familie pflichtgetestet wird, wenn sie aus Risikogebieten kommt. Hier war es so, dass es auf der Bundesebene die ein oder andere Umsetzungsproblematik im Anlauf gab. Wir befinden uns in einem Krisenmodus. Wer die Vorstellung hat, dass man etwas installiert und alles innerhalb von 24 Stunden top läuft – das sieht man ja auch an anderen Punkten in anderen Bereichen –, muss bedenken, dass sich alles erst einmal einspielen muss. Ich sitze nicht in einem Elfenbeinturm, sondern ich tausche mich mit den Fachkräften, den Hygienikern, den Wissenschaftlern und den Praktikern aus. Wir haben die Dinge, die wir im Senat besprochen haben, mit den Schulleiternverbänden abgestimmt. Ich habe die Dinge eingebracht, die wir abgestimmt haben, und nach dem Beschluss ist es im Senat so, dass die Informationen dann an die Öffentlichkeit gehen. Wir haben dann umgehend die Schulleitungen insgesamt informiert. Ich verstehe natürlich, dass Sie gern vorher in der Breite informiert worden wären. Das haben wir auch gemacht, und dann ist die Information über die Schulleiter an die Presse weitergegeben worden. Es ist nicht so einfach. Es kann auch etwas schiefgehen bei der Sache.

Herr Fresdorf, glaube ich, sprach den Komplex Lüftung und CO₂-Geräte an. Das sind Themen, mit denen wir uns in Richtung Herbst gemeinsam mit der TU befassen werden, gerade in Bezug auf die Schulgebäude und Klassenräume, in denen es ein Problem mit der Lüftung gibt. Auch da gibt es inhaltlich unterschiedliche Auffassungen: Nimmt man dieses Gerät? Setzt man mobile Filtergeräte ein? – Das ist das, womit wir uns auch mit den Bezirken fachlich auseinandersetzen.

Zu Plexiglasscheiben in jedem Klassenraum muss ich sagen, dass ich nicht glaube, dass unsere Lehrkräfte das wollen. Im Zusammenhang mit den Plexiglasscheiben gibt es eine Debatte, ob die Aerosole nicht nach oben gehen, wenn neben jedem eine Plexiglasscheibe installiert wird. Dazu gibt es unterschiedliche wissenschaftliche Sichtweisen. Wir sind darüber im Austausch. Ich denke nicht, dass es praktikabel ist, wenn wir an 1 200 Schulstandorten – ich weiß nicht, wie viele Klassenräume wir haben – in jeder Klasse zwischen den Schülern Plexiglasscheiben anbringen.

Frau Jarasch hatte den Plan B angesprochen, der ausführlich beschrieben ist. Natürlich gibt es im Rahmen des Musterhygieneplans unabhängig vom Plan B weitere Stellschrauben für den Fall, dass sich die Infektionszahlen verschlechtern. Über diese Dinge setzen wir uns mit den Fachleuten auseinander. Man muss ja dann nicht direkt zum Lernen zu Hause zurückkehren, sondern es gibt Zwischenstufen, die man im Rahmen der Schule anwenden kann. Die Kreativität unserer Schulen haben Sie gerade angesprochen. Jeder denkt dabei mit, und ich finde es toll, dass das so ist und man sich da nicht so versteift. Sie haben gerade von den Anzuhörenden gehört, dass sie sich individuell Gedanken machen, wie sie mit bestimmten Dingen umgehen. Das finde ich sehr gut.

Zum Hygienebeirat: Wir schicken immer nur Listen heraus, wenn wir die Zusagen der Leute haben. Ich finde es unprofessionell, Listen herauszuschicken, wenn die Leute nicht zugesagt haben, wenn es um Spezialisten geht. Deshalb ist sie jetzt herausgegangen. Frau Dr. Lasić fragte, wie das mit den Schülerinnen und Schülern aussieht. Wir haben im Beirat die Gremienvertreter, den Landeschulbeirat, den Landeselternausschuss, den Ausschuss des pädagogischen Personals und auch die Schülerinnen und Schüler.

Zum Thema Fortbildung möchte ich ansprechen, dass wir uns auf die Digitalisierung konzentrieren. Es wird das eine oder andere Thema geben, das für einzelne Lehrkräfte ein Feinschmeckerthema ist. Ich glaube aber, dass wir uns in der Fortbildung auf bestimmte Themenfelder stärker fokussieren müssen. Im Bereich der Ausbildung haben wir in der zweiten Lesung vorausschauend 1 200 Schulplätze zusätzlich verhandelt, wofür wir 100, 200 Lehrkräfte zusätzlich einstellen mussten. Hierfür haben wir richtig viel Geld in die Hand genommen. Aber ich bin der Auffassung, dass wir das tun müssen, weil wir die Schülerinnen und Schüler, wenn es die Ausbildungsplätze nicht geben wird, nicht auf die Straße setzen können. Hier haben wir vorausschauend verhandelt. Auch der Regierende Bürgermeister hat die reguläre Soko inhaltlich umgeschmissen, und wir haben uns mit der Wirtschaft und den Sozialverbänden auf das Thema konzentriert, genauso wie in der Jugendberufsagentur. – Zur Kampagne zur beruflichen Bildung gab es eine Frage: Wir haben Geld verhandelt und gemeinsam in Workshops die Eckpunkte und die Inhalte mit den Wirtschafts- und Sozialverbänden erarbeitet. In der Soko beim Regierenden Bürgermeister gab es von allen den Wunsch, dass wir noch einmal gucken, wo im Bereich berufliche Bildung und Ausbildung welche Kampagnen mit welchen Inhalten laufen und wo man vielleicht etwas konzentrieren kann. Ich weiß, dass die Senatskanzlei dabei ist, mit den Akteuren die Dinge zusammenzufassen.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Wir machen weiter mit Frau Burkert-Eulitz. – Bitte!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich glaube, dass das eine Zeit ist, die für alle eine Riesenherausforderung ist und dass alle das Doppelte und Dreifache von dem leisten, was sie sonst leisten. Die Schulleitungen in den Schulen haben gemeinsam mit ihrem Personal sicherlich die gesamten Ferien und auch vorher darum gekämpft, dass die Schule beginnen konnte, die Senatsverwaltung ebenfalls. Insbesondere richte ich aber auch – das kam heute noch nicht so oft – meinen Dank an alle Eltern unter uns und in der Stadt, die im Grunde genommen das Nichtfunktionierenkönnen von Einrichtungen, die für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen da sind, aufgefangen haben.

Mich würde die Erfahrung der Schulleitungen interessieren. Was für Wünsche haben diese von den Eltern für kommende Plan-B-Möglichkeiten erhalten? Was brauchen Eltern in dieser Situation – denn Lernen zu Hause funktioniert nicht so, dass man einfach dem Kind den Laptop hinstellt oder das Papier und den Stift hinlegt, das wird bei vielen so sein, aber nicht bei allen – an Unterstützung? Was ist da noch möglich? Ich weiß, dass es zwar Handreichungen gibt, und die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren haben auch etwas geschrieben. Man hört immer, dass die Beziehung zum Kind wichtiger als der Lernerfolg ist. Aber Eltern ticken nicht so. Sie sagen: Ich kann den Abstand jetzt nicht noch größer werden lassen, insbesondere dann, wenn mein Kind schon alle möglichen Schwierigkeiten hat. – Wie kommt man da weiter? – Das Zweite sind die Kinder, die nicht beschult werden können, weil sie zur Risikogruppe gehören. Ich weiß, dass dazu hinten im Musterhygieneplan etwas steht. Hier würde mich die Sichtweise der Praktikerinnen und Praktiker interessieren, wie diese das lösen. Es gibt Kleingruppen, aber sicherlich gibt es auch Familien, die Angst davor haben, ihre Kinder in die Schule zu schicken, weil es teilweise lebensgefährlich sein kann. Wie werden diese Kinder unterstützt?

Ansonsten haben wir uns alle das Thema Lernbrücken und Sommerschule aufgeschrieben, dazu habe ich hier nur Positives gehört. Der Ansatz, der dahintersteht, ist, dass die Brücke zwischen den Einrichtungen und den Familien – Familie ist einfach wichtig, und wenn alles nicht funktioniert, ist man auf die Familie zurückgeworfen – weiter verstärkt und verstetigt werden muss. – Ob man die Kommunikation noch verbessern kann, darüber sollte nachgedacht werden; das sollte man einfach mitnehmen. Hier können wir noch ein Stück besser werden. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Wild – bitte schön!

Andreas Wild (fraktionslos): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich nehme wahr, dass es hier im Raum viele Menschen gibt, die sehr engagiert an dem Problem, das unsere Berliner Schüler in der Coronazeit im Sommer zu lösen hatten, gearbeitet haben. Das verdient den Dank. Allerdings berechtigt das nicht dazu, an den Grundlagen vorbeizuschauen und sich gar nicht damit zu befassen, was denn eigentlich die wissenschaftliche Grundlage dieses ganzen Handelns ist. Insbesondere, dass die Maskenpflicht in Gängen und Fluren in Schulen von der Senatsverwaltung durchgesetzt wurde, halte ich schon fast für Körperverletzung – das, was Sie da machen, Frau Senatorin!

Ich erinnere an einen Bericht vom Südwestrundfunk vom 22. Juni von Anja Braun und Veronika Simon. Sie schreiben, dass von 8 800 Coronatoten – in Anführungszeichen – drei unter achtzehn waren. – Drei! Ob diese noch andere Erkrankungen hatten oder vielleicht siebzehn waren, das kann ich jetzt leider nicht sagen.

Es gibt in Baden-Württemberg eine Studie mit 5 000 Eltern mit Kindern. Von diesen 5 000 Eltern und Kindern waren zwei, nämlich ein Elternteil und ein Kind, coronapositiv und hatten leichte Symptome. Erkrankt war also gar keiner – gar keiner. Das möchte ich hier einmal zur Kenntnis geben. Vielleicht kennen Sie den Schweizer Professor und Immunologen Dr. Beda Stadler. Er schreibt, dass zu beobachten war, dass praktisch nie ein Kind unter zehn Jahren erkrankt war. Dann hätte eigentlich jemand auf das Argument kommen müssen, dass Kinder offensichtlich immun sind.

Es gibt diese Gedanken und es ist bekannt, dass die ganze Testung fehlerbehaftet ist bis zum Abwinken und dass wir falsch positive Tests haben. Es wird jetzt nur noch von Infizierten gesprochen, es wird gar nicht mehr von Kranken gesprochen. Ob die Leute infiziert sind, ob vielleicht ein Drittel der Bevölkerung infiziert ist, interessiert überhaupt niemanden. Diese Zahlen sind völliger Humbug. Es gibt überhaupt keine Grundgesamtheit, auf die wir das Ganze beziehen. Und was Sie hier machen – – – [Zurufe] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ganz ruhig! Herr Wild hat jetzt das Wort und wird seine Fragen stellen. Ich bitte um Ruhe!

Andreas Wild (fraktionslos): Was Sie hier machen, ist Scharlatanerie auf Kosten unserer Kinder. Sie zwingen unsere Kinder in Masken, und das aufgrund von Scharlatangrundlagen. Sogar die „taz“ berichtete inzwischen darüber, und zwar am 10. August, dass man sich wahrscheinlich um einen Faktor zehn verschätzt hat. Wenn Sie das feststellen – das konnte man im März vielleicht noch nicht wissen, aber heute wissen wir es – und dann weitermachen und unsere Schüler einsperren, sie mit Masken ausstatten, ist das ein Verbrechen! – Danke schön!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Tabor! Wir machen mit Ihnen weiter – bitte schön!

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank! – Ich war vorhin kurz draußen. Deswegen sehen Sie es mir nach, falls ich jetzt eine Frage stelle, die vielleicht sogar schon beantwortet wurde! Die erste Frage geht an Herrn Erdmann: Ich habe in den Sommerferien und auch schon davor einige Rückmeldungen von den Lehrern bekommen, dass sie den Kontakt zu den Kindern ver-

loren haben. Das ist vielleicht ein kleiner Ausschnitt. Meine Frage ist daher: Haben Sie auch Rückmeldungen von den Lehrkräften bekommen, dass sie zum Teil über einen längeren Zeitraum gar keinen Kontakt mehr zu den Schülern hatten? Wenn ja: Wie konnte man den Kontakt wiederherstellen? Wie kann man sich das vorstellen? Gehen die Lehrkräfte dann zu den Elternhäusern und gucken mal nach? Oder hat man sich mit dem Jugendamt gekoppelt etc.? – Das würde mich sehr interessieren, ob es auch bei Ihnen irgendwelche Rückmeldungen gab.

Anschließend habe ich zu dem, was Herr Fresdorf vorhin gesagt hat, eine Frage an die Frau Senatorin: Wenn die Schüler ihre Maske vergessen haben – aber nicht böswillig, sondern sie haben sie wirklich vergessen, sie würden gerne eine Maske tragen –, wird ihnen dann von der Schule eine Maske gestellt oder muss diese Schülerin oder dieser Schüler noch einmal nach Hause gehen, um die Maske zu holen? Wenn ja, wie ist das dann mit der Aufsichtspflicht, denn die Schule hat ja dann offiziell begonnen? – Ich kenne das noch von früher so, dass, wenn man krank war, ein Kumpel oder eine Freundin zum Arzt mitgegangen ist, damit man nicht alleine gehen musste. Wie ist das jetzt geregelt? Gibt es eine Regelung?

Das Thema Ausbildungsplätze kam schon zur Sprache. Daher ziehe ich unsere schriftliche Anfrage unter Punkt 3 schon einmal zurück. Es wurde ja schon beantwortet, dass in diesem Jahr leider 2 000 Ausbildungsplätze weniger zur Verfügung stehen bzw. abgemeldet wurden. Versucht der Senat, selbst zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, um dieses Negativgap ein bisschen auszugleichen? Wenn ja, werden diese Ausbildungsplätze auch tatsächlich gebraucht oder ist es so ein Goodwill des Senats? Wenn das auch mit Ja beantwortet werden würde, dass man diese Auszubildenden tatsächlich braucht in den Behörden, dann stellt sich für mich die Frage, warum man diese Ausbildungsplätze nicht schon vorher ausgeschrieben hat.

Eine Frage habe ich noch: Welche Schlüsse und Konsequenzen zieht der Senat aus der pandemiebedingten Schulschließung? Welchen wissenschaftlich nachweisbaren Nutzen hatte die Schulschließung zur Pandemiebekämpfung? Gibt es wissenschaftliche Ergebnisse, dass das tatsächlich etwas gebracht hat? – Das sind meine Fragen an die Senatsverwaltung. – Danke schön!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Jetzt noch einmal Herr Stettner – bitte!

Dirk Stettner (CDU): Ich erlaube mir, in drei kurzen Punkten nachzufragen. Die schriftlichen Hinweise dazu, was passiert, wenn der Regelbetrieb nicht erfolgt, habe ich natürlich gelesen. Aber das ist ja kein Plan B. Sie haben eben keinen Plan B, der eine Regelbeschulung aller Schülerinnen und Schüler sicherstellt, auch wenn wir teilen müssen, sprich mit integriertem Lernen und Lehren. Das war die Aufgabenstellung. Und hätten Sie sich diesbezüglich mit unserem Antrag beschäftigt, hätten Sie genau gewusst, was Sie hätten tun müssen. Davon haben Sie aber in den letzten acht Wochen nichts getan.

Sie haben zwei Fragen nicht beantwortet. Ich hatte nach dem Lernraum Berlin gefragt, ob der Datenschutz jetzt gewährleistet ist. Dazu bitte ich noch um Antwort. Und ich bitte auch um Antwort in Bezug auf die Sommerschule. Da haben wir – Sie haben vollkommen recht – ein kleines Scharmützel gehabt, weil eben nicht alle Jahrgangsstufen beteiligt waren. So gesehen hatte ich da vollkommen recht. Jetzt ist die Frage: Beteiligen Sie denn demnächst alle Schüle-

rinnen und Schüler, die teilnehmen wollen? – Dazu hätte ich auch ganz gern noch eine Antwort. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Jetzt sind die Anzuhörenden wirklich dran. Es gibt jede Menge Fragen. Beantworten Sie einfach die Fragen, die direkt an Sie gestellt worden sind! Wir fangen wieder mit Herrn Erdmann an. – Bitte schön, Herr Erdmann, Sie haben das Wort!

Tom Erdmann (GEW Berlin): Zum Begriff Regelbetrieb kann ich nur sagen, dass dieser Begriff momentan Augenwischerei ist. Wir haben keinen Regelbetrieb an den Schulen. Wir haben vielleicht regelmäßig Unterricht, aber wir haben einen Fachkräftemangel. Wir haben bereits den Schulstart mit Personalmangel beginnen müssen. Wir haben unvollendete Baumaßnahmen. Und wenn die Vorgaben sind, dass die Lerngruppen sich möglichst untereinander nicht mischen sollen, dann beißt sich das mit den Vorstellungen, wie zum Beispiel Wahlpflichtunterricht ablaufen soll. Wenn sich mehrere Klassen zum Thema zweite Fremdsprache in einem Raum aufhalten, dann sind sie aus unterschiedlichen Klassen und dann ist das Gebot, dass sich Lerngruppen nicht mischen sollen, nicht erfüllt.

Regelbetrieb würde ehrlicherweise auch bedeuten, dass sich das Infektionsgeschehen erhöht. Das kann man sicherlich in Kauf nehmen, aber es gehört zur Ehrlichkeit dazu, dass man das auch dazu sagt, dass man das zugunsten guter Bildung in Kauf nimmt. Das gehört zur Ehrlichkeit gegenüber unseren Dienstkräften dazu. – Wir haben Fenster, die sich bis zum heutigen Tage nur mit Schrauben im Rahmen halten, weil sie sich nicht öffnen lassen. Das heißt, auch da ist gar kein Regelbetrieb möglich, weil die Lüftung nicht gegeben ist.

Hier ist mehrfach vom Plan B die Rede gewesen. Der Plan B ist ein Stück weit in den Fachbriefen zu sehen, und den finden wir auch an vielen Stellen gelungen. Die Vorbereitung auf den Plan B kann aber nicht im Regelbetrieb des Plan A erfolgen, sondern, wie Frau Jarasch sagte, muss das digitale Lernen, das Lernen zu Hause vorbereitet werden. Das klappt nicht, wenn wir die Regelstundentafel haben. Das heißt, wir müssen auch eine Debatte darüber führen – ich glaube, Miriam Pech hat es auch gesagt –, auf welche fachlichen Inhalte wir an der Stelle verzichten. Ich bediene hier immer gern das Bild von einem Suchtkranken, dass die Schule sich häufig wie ein Suchtkranker verhält und nur dem Stoff hinterherrennt. Wir müssen auch den Mut haben, fachliche Inhalte neu zu bewerten und zu sagen: Ich verzichte jetzt mal auf den Beweis vom Satz des Pythagoras, wenn ich meine Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten kann, wie digitales Lernen zu Hause funktioniert.

Zum Thema Maskenmuffel unter Schülern: Mir ist kein Fall bekannt, wo Schüler sich vehement weigern, diesen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Wir wünschen uns aber, dass die Bildungsverwaltung als Arbeitgeberin hier zumindest die Kolleginnen und Kollegen, die das wünschen, weil sie für sich selbst ein Risiko sehen, mit FFP2- oder FFP3-Masken ausstattet, damit sie sich zumindest selbst schützen können. Diese Schnutenpullis schützen ja immer nur andere.

Zum Thema Digitales: Die Fortbildung von Lehrkräften ist notwendig, ja. Lehrkräfte gehören zu der Berufsgruppe, die am fortbildungswilligsten und -eifrigsten ist. Von daher läuft es ein Stück weit ins Leere, hier von einer Verpflichtung zu reden, denn 95 Prozent der Lehrkräfte bilden sich sowieso regelmäßig fort.

Ich habe jetzt gerade noch einmal auf der Website „Regionale Fortbildungen“ unter Bildung in der digitalen Welt nachgeschaut. Im Fachbrief Mathematik gibt es den Hinweis darauf. Bis jetzt steht dort, dass noch keine Angebote verfügbar sind. Ich hoffe, dass sich das im Laufe der nächsten Tage und Wochen ändert, damit entsprechende Fortbildungen auch in digitaler Form funktionieren können.

Eine Rahmendienstvereinbarung Dienstliche E-Mail, so nenne ich es einmal als Arbeitstitel, muss regeln, wann und wie oft E-Mails von Lehrkräften gelesen werden sollen und müssen. Ich würde mir wünschen, dass damit auch geregelt wird, was die Schulleitung in welcher Form an die Kollegen weitergeben soll. Ich wage mal die freche These, dass Schulleitungen so eine hohe Besoldungsgruppe haben, dass Sie als Bildungsverwaltung diesen Kollegen sehr viele E-Mails schreiben dürfen. Ich halte es aber nicht für sinnvoll, dass alle diese E-Mails unkommentiert an alle Kollegen weitergeleitet werden und diese dann als ausreichend und adäquat informiert gelten.

Wir erhalten einige Nachfragen von Beschäftigten, von Mitgliedern, die fragen: Mein Schulleiter schickt mir jede E-Mail von der Bildungsverwaltung unkommentiert weiter. Muss ich das jetzt so zur Kenntnis nehmen? – Er blicke nicht mehr durch. – Dann müssen wir ihm die ehrliche Antwort geben: Nein, das musst du gar nicht. Der Schulleiter muss dich über eine andere Form informieren. – Das ist natürlich nicht zeitgemäß, weil wir nicht ständig zur Papierpost zurück wollen. Aber es muss eine Rahmendienstvereinbarung geben, wie wir uns dienstliche E-Mail-Kommunikation wünschen.

Noch ein Wort zum Hygienebeirat: Ich kann und werde heute hier keine Zusage geben, ob wir als GEW-Vorsitzender – oder wer auch immer – an diesem Hygienebeirat teilnehmen können. Ich wiederhole noch einmal: Als Reaktion auf die Einladung von Senatorin Scheeres für die Runde heute – am vergangenen Dienstag haben wir Frau Scheeres eingeladen – kam die Einladung zum Hygienebeirat. Wir wissen gar nicht, was das am Ende sein soll. Ich erinnere daran, dass beim holprigen Schulstart im letzten Jahr innerhalb kürzester Zeit eine Qualitätskommission unter Vorsitz von Prof. Köller gegründet wurde. Im Jahr davor wurde ein Baubeirat gegründet. In der Schuljahresauftaktpressekonferenz, in der Presseerklärung, war die Rede von einem Digitalbeirat. Da weiß bis jetzt auch keiner, was das ist. Ob der Hygienebeirat nun das Instrument ist, mit dem die Schule gerettet wird, wage ich ernsthaft zu bezweifeln.

Vorsitzende Emine Demirbügen-Wegner: Wir machen weiter mit Herrn Kötterheinrich-Wedekind. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Tilmann Kötterheinrich-Wedekind (Ernst-Abbe-Gymnasium; IBS): Ich möchte gern erst einmal die Frage von Herrn Fresdorf zum Thema Maske beantworten. Natürlich ist es wichtig, erst einmal ein pädagogisches Gespräch zu führen. Das übernimmt die Lehrkraft, im Zweifel danach der Schulleiter. Und dann haben wir die Möglichkeit, Ersatzmasken zu stellen. Darauf würde ich gern intensiv hinweisen wollen. Die sind über die Bezirke in den Schulen vorhanden. Jedes Kind, das sich weigert, dem bieten wir ganz intensiv die Ersatzmaske an. Natürlich ist klipp und klar, dass man am Ende der Kette im Zweifel auch Ordnungsmaßnahmen zur Verfügung hat. Ich setze auf eine gute Überzeugungskraft, auf eine gemeinsame Arbeit mit den Eltern und den Schülern, sodass ich diesen Fall – ich habe ihn bisher noch nicht gehabt – fast ausschließen würde. Ich schließe mich an der Stelle Herrn Erdmann an.

Dann komme ich zu der Bemerkung von Herrn Stettner zur Frage: unterschreibbares Hygienekonzept oder nicht? – Ich selber gehöre zu den Schulleitungen, die die gemeinsame Erklärung nicht unterschrieben haben. Ich halte dieses Hygienekonzept für durchführbar an der Schule. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass es selbstverständlich Möglichkeiten gibt, wenn man zum Beispiel die Frage der Lüftung nimmt, das zu ergänzen. Wir machen das an der Schule so, dass wir zurzeit per Gong in der Mitte der Stunde alle auffordern, die Fenster zu öffnen. Es ist doch völlig normal, dass Schulen angesichts ihrer baulichen Voraussetzung Schulhofregeln jeweils anders definieren und selbstverständlich mehr Lüftungen machen können. Ich glaube, da ist die Selbständigkeit der Schule gefragt. Ich halte diesen Hygieneframework erst einmal als Basis für sehr sinnvoll.

Es gab eine Frage von Frau Jarasch dazu, wie wir mit den Kolleginnen und Kollegen umgehen, die keinen Präsenzunterricht in der Schule machen können. Wir selbst haben die Erfahrung bisher noch nicht gemacht. Es ist aber so, dass Kolleginnen und Kollegen in der Beratung aktiv sein können. Es ist schon von vielen Stellen gesagt worden, dass das Wichtigste ist, den persönlichen Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern zu halten. Hier wäre zum Beispiel ein Aufgabenrahmen, Eltern zu beraten oder Schülerinnen und Schüler in Einzelfallberatungen zur Verfügung zu stehen. Ich habe von Kollegen gehört, dass es Kolleginnen und Kollegen gibt, die gesagt haben, damit eine intensivere Unterrichtsplanung möglich ist, unterstützen sie die, die vor Ort sind, mit zusätzlichen Konzepten, mit der Erstellung von digitalen Gerätetools, Arbeitsblättern etc. Und ich kenne auch Lösungen, dass Kolleginnen und Kollegen sich – freiwillig, das ist ganz wichtig für mich, nicht verordnet – angeboten haben, bei der Korrektur zu unterstützen, weil sie möchten, dass die Arbeitsbelastung nicht so hoch ist. Das sind Möglichkeiten, die von zu Hause aus funktionieren können.

Frau Burkert-Eulitz stellte die Frage, was Eltern sich in dem Zusammenhang noch wünschen. Es wird sehr häufig, natürlich auch bei uns, darum gebeten, E-Mail-Kontakte noch stärker zu initiieren. Es wird um persönliche Beratung, auch am Telefon, gebeten. Natürlich ist das für Schulen in besonderer Lage ganz wichtig. Im Plan B ist eine direkte Beschulung im sogenannten Regelbetrieb nicht möglich, aber da Schulen digitale Lösungen vor Ort haben, wäre es auch möglich, mehrere Kinder unter Einhaltung der Hygienestandards trotzdem in die Schule zu holen und ihnen dort digitale Übertragungsmöglichkeiten zu geben.

Das Interessante ist, dass Kinder vor allem eine gelebte Schule haben wollen. Sie möchten den persönlichen Kontakt haben und in dieser Situation vielleicht nur Fragen stellen können. Ich finde es zentral und wichtig, egal, ob Plan A oder Plan B, dass die Schule als Ort offen ist, geregelt natürlich, wo Kinder diesen sozialen Kontakt stetig bekommen können.

Dann wurde noch über den Plan B gesprochen. Diesen halte ich für gelungen und umsetzbar. Er stößt allerdings an die Grenzen in der Frage der Mehrarbeit. Wenn ich die Hälfte der Klasse im Regelunterricht habe, wie soll ich als Lehrkraft das mit der Arbeitszeit – wenn ich den Anspruch habe, dasselbe auch noch digital zu machen – vereinbaren? – Das ist eine mögliche Grenze. Diese halte ich für weniger entscheidend als das, was hier schon häufiger betont wurde: Kinder wollen die soziale Betreuung, und Plan B ist deswegen Plan B, weil Schülerinnen und Schüler dann nicht in die Schule gehen und in sozialen Brennpunkten dann keinen sozialen Kontakt haben und keine Beratung bekommen. Das kann jeglicher Videounterricht nicht ersetzen. Und deswegen wird es so sein, dass wir vielleicht individuell in die Situation kom-

men werden, dass Schulen herunterfahren oder Teilgruppen bilden müssen. Ich halte es für machbar, dass Schulen in vier bis sechs Wochen digital – selbst wenn sie vielleicht noch nicht die Entscheidung für eine digitale Lernplattform getroffen haben – bereit sein können. Viele haben Aufgabentools ausprobiert. Ich glaube, dass der Plan B funktional ist, hoffe aber, dass er aus sozialen Gründen möglichst spät oder gar nicht kommt. – So weit erst einmal.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Dann machen wir weiter – zugeschaltet – mit Herrn Giese. – Bitte, Sie haben das Wort!

Robert Giese (Fritz-Karsen-Schule; GGG) [zugeschaltet]: Danke schön! – Ich bitte um Nachsicht, dass ich darauf ganz kurz eingehe: Ich nehme wahr, dass mit keinem Schulleiter einer Gemeinschaftsschule gesprochen wurde, sondern man einfach irgendeinem anderen Verband überträgt, dass er uns mit vertritt, so sympathisch wir den auch finden. Man hat offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen, dass wir eine eigene Schulart sind. Und unsere Position interessiert an der Stelle offensichtlich nicht.

Zu einigen anderen Punkten möchte ich etwas sagen. In Hinblick auf die Schulverweigerung schließe ich mich allem an, was gesagt wurde. Wir haben tatsächlich eine große Bereitschaft und ein großes Verständnis bei den Schülern, sich an die Regeln zu halten, und sehen da überhaupt keine Probleme.

Zu den Kollegen, die zu Hause sind, möchte ich etwas sagen. Es wird gefordert, dass sie einen Arbeitsnachweis vorlegen, in dem dargestellt wird, wie sie die 42 oder 39 Stunden abarbeiten. Wie das funktionieren soll, erschließt sich mir noch nicht ganz. – Zur Frage der Varianten A, B, C: Wir haben bei uns in der Schulkonferenz insgesamt drei Varianten formuliert. Alle Formen, ob das die Förderpläne für Einzelne sind oder die Extrabetreuung, erfordern mehr Personal. Ich finde die Aussage: Ja, wir sind auch für kleinere Gruppen, aber große sind alternativlos – nicht sehr hilfreich. Da stimme ich Frau Kittler zu, dass das auf Bundesebene vorangetrieben werden muss. Wir leisten uns in fünf Jahren, auch in der Krisenzeit, Rüstungsausgaben in einer Höhe von 130 Milliarden Euro und haben diese 1 Milliarde Euro für jedes Bundesland für die Schulen nicht. Das verstehe ich nicht.

Ich komme zur Frage nach der Schulreinigung. Dazu möchte ich nur sagen, dass das Problem weiter besteht. Die Schulreinigung ist nicht gelöst, sie ist nicht klar. Wir haben jetzt zusätzliche Kräfte, die im Laufe des Tages die Türklinken, Türen und Lichtschalter abwischen. Aber das, was der Ganztagsschulverband schon lange fordert, dass man bei gebundenem Ganztagsbetrieb zweimal täglich eine Reinigung der Sanitäreinrichtungen hat, findet nach wie vor nicht statt und ist absolut nicht zufriedenstellend. In jedem Kino wird alle zwei Stunden gereinigt.

Zu Zoom: Der Bundesdatenschutzbeauftragte hat vor der Benutzung von Zoom gewarnt. Ich denke, daran sollte sich auch das Land Berlin halten und demzufolge Portale und Möglichkeiten eröffnen, die sicher sind und mit denen Schulen gut arbeiten können. Nebenbei bemerkt sollte das auch für die Wissenschaftseinrichtungen gelten.

Das waren die wesentlichen Fragen. – Nein, eine Sache noch zur Schulausstattung: Diese macht deutlich, dass Schulen auf allen Ebenen unterfinanziert sind. Wir haben in der Schule momentan ungefähr 300 Rechner. Nicht einer davon ist von der öffentlichen Hand bezahlt. Es

gibt Schulen, die nicht die Möglichkeiten haben, über andere Quellen Rechner zu bekommen. Sie arbeiten dann mit Geräten, die zehn bis fünfzehn Jahre alt sind. Und auf welchem technischen Standard die sind, ist klar. Wie digitales Arbeiten so funktionieren soll, erschließt sich mir nicht.

Eine letzte Bemerkung zu den zur Verfügung gestellten Laptops: Wir haben 89 Schüler namentlich dafür angemeldet, haben dann die Mitteilung bekommen, dass auch die Fritz-Karsen-Schule Laptops bekommt und mit im Programm ist. Die nächste Nachricht war, dass unsere Schule einen Laptop bekommt. Jetzt habe ich ein Gerät und 89 Schüler und weiß nicht, wie ich es machen soll. Ich glaube, da ist eine Nachsteuerung dringend notwendig. – Das war es. – Danke schön!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke auch von hier! – Wir machen weiter mit Frau Pech. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Miriam Pech (Heinz-Brandt-Schule; BISSS) [zugeschaltet]: Ich würde gern auf die Punkte Blended Learning und hybrides Lernen nach Schulversuch wie auch auf die Frage eingehen, ob es möglich ist, das durchzuführen, ohne den Lehrstoff zu reduzieren. Diese Frage kann ich ganz deutlich mit Nein beantworten. Tom Erdmann hat es vorhin auch schon erwähnt. Ich sehe ganz klar, dass wir zu einem neuen, erweiterten und ganzheitlichen Bildungsbegriff kommen müssen. Denn digitales Lernen ist nicht gleich dem schulischen Lernen, wie wir es alle kennen und gewohnt sind, sondern es umfasst ganz andere Kompetenzen. Danach wurde ich ja auch gefragt, welche Kompetenzen Lehrkräfte bräuchten. Natürlich brauchen sie selbst Anwendungskompetenzen, aber auch Vermittlungskompetenzen. Hier finde ich es durchaus sinnvoll, dass Lehrerinnen und Lehrer auch von Schülerinnen und Schülern lernen können, denn diese haben durchaus sehr viele Kompetenzen in diesem Bereich.

Es geht aber nicht nur um das Beherrschen der Digital Tools, sondern es geht noch viel weiter. Ich bin Verfechterin des 4K-Modells. Das heißt, wir müssen die vier Elemente Kollaboration, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken mit in unsere Konzepte einbinden. Das verlangt auf jeden Fall, dass wir uns auf den Weg machen und Schule neu denken. Das führt mich zur Frage nach den reduzierten Lerngruppen. Ich halte diese durchaus für möglich und auch für sinnvoll, unter Wahrung der Aufsicht und der Teilhabe von Kindern, indem wir andere, außerschulische Lernorte mit einbinden: Museen, Bibliotheken, Volkshochschulen, Werkstätten, Künstlerinnen und Künstler – sie wären in dieser Zeit bestimmt auch sehr dankbar dafür, eingesetzt zu werden –, Gartenarbeitsschule und vor allem die Nachhilfeträger, die jetzt gerade in der Sommerschule aktiv sind. Diese können mit uns zusammen die Unterrichtsangebote stemmen. Darin sehe ich überhaupt kein Problem. Aber wir müssen ran: Wir müssen uns die Rahmenlehrpläne und die Stundentafel angucken und überlegen, ob sie noch zeitgemäß sind, mit dem Leben, mit der Pandemie. Denn die Pandemie wird ja nicht vorbei sein, sondern wir werden wahrscheinlich die nächsten Jahre damit zu tun haben – leider, aber es ist so. Dementsprechend müssen wir Fortbildungsangebote stricken.

Ich setze in meiner Schule sehr gerne auf Inhouseangebote, weil die Kolleginnen und Kollegen ganz viele Kompetenzen haben, die man alle gut mit einbinden kann. Aber dazu brauchen wir Zeit. Wie der Kollege vor mir vom Ernst-Abbe-Gymnasium schon sagte, geht es nicht, dass ich tagsüber meinen Präsenzunterricht mache und danach noch digitales Lernen – das

funktioniert so nicht –, sondern wir brauchen kluge Konzepte, wie wir das auf einen guten Weg bringen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke schön! – Dann machen wir weiter mit Frau Theede! – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Sandra Theede (IHK Berlin) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte kurz auf die Frage von Frau Lasić zu den Ausbildungskapazitäten eingehen. Hierzu möchte ich deutlich sagen, dass diese gesunken sind, ja. Das war auch zu erwarten. Aber es ist tatsächlich so, dass die Branche, die Ausbildungsbetriebe sehr unterschiedlich getroffen wurden. Sie wissen sicherlich, dass das Gastgewerbe und die Hotellerie in den letzten Jahren ein großer Treiber und eine große wie prosperierende Wachstumsbranche bei den Ausbildungsplätzen waren. Sie sind jetzt vorsichtiger, das zeigt natürlich auch deren Verantwortung. Sie schauen erst einmal. Die letzte Statistik der Agentur für Arbeit vom Juli sagt, dass die Zahl der Ausbildungsplätze um 537 gesunken ist; das sind 8,3 Prozent. Daran sieht man auch, dass viele ihre Ausbildungsbemühungen zumindest stabil gehalten haben bzw. auch Plätze aufgebaut haben. Wir rechnen damit, dass wir weitere Plätze besetzen können. Das größte Hindernis war, wenn man das noch einmal Revue passieren lässt, dass der Lockdown von März bis Juni war – und das genau der zeitliche Schwerpunkt ist, wann die KMUs ihre Plätze besetzen. Die großen Unternehmen sind damit meist schon im Februar durch, aber viele kleinere und mittlere Unternehmen sind genau in dem Zeitraum dabei. Da hat Corona die Vermittlungssysteme kalt erwischt. Die BSO-Teams an den Schulen und die JBA standen nicht mehr in ihrer gewohnten Form zur Verfügung. Das müssen wir jetzt quasi aufholen. Hier müssen wir uns – damit komme ich schon zu meinem nächsten Punkt – in der Nachvermittlung umso stärker bemühen.

Die IHK Berlin hatte gerade Ende Juli, Anfang August eine Nachvermittlungsaktion, und da war es schon so, dass die Anzahl der Bewerber quasi mit den Stellen übereinstimmte und jeder Bewerber 1,1 Ausbildungsstellen zur Verfügung gehabt hätte – theoretisch. Da kamen ein paar Matchings zusammen, und wir hoffen, dass da mehrere Partner zusammengefunden haben, also Ausbildungsbetriebe und Azubis. Aber das müssen wir natürlich noch einmal nachhalten und weiter forcieren, und zwar alle zusammen – Frau Senatorin Scheeres hat ja richtig gesagt, hier gibt es auch eine Zusammenarbeit –, mit allen Partnern, mit allen Akteuren, und da ist ja auch der Wille da.

Da komme ich zu Frau Jasper-Winter. Sie nannten als Beispiel die Plakatierung. Man muss da genau schauen: Was funktioniert tatsächlich – der Köder muss ja hier auch dem Fisch schmecken –, und ist die Plakatierung das richtige Mittel der Wahl? – Ich will das gar nicht infrage stellen, sondern ich glaube, dass alle Partner sich zusammensetzen – es ist ja auch so angedacht, Frau Scheeres hat es gesagt – und da schauen müssen: Was kann man gemeinsam auf den Weg bringen, um jetzt in der Nachvermittlung richtig nachzulegen?

Sie hatten mehrmals gefragt: Wie ist es mit den Ersatzplätzen? – Es ist ganz wichtig, dass wir jetzt erst einmal versuchen, alle Ausbildungsangebote, die es in der Stadt gibt, passgenau zu besetzen mit den Jugendlichen, die es gibt, und die Jugendlichen auch dementsprechend zu beraten und darauf hinzuweisen, was es links und rechts noch gibt, denn es gibt ja auch noch ganz klassische schulische Ausbildungen. Erzieher, die Gesundheitsberufe, die Pflegeberufe – da wird teilweise in Fachschulen ausgebildet. Da sollten wir noch einmal genau schauen und versuchen, eine passgenaue Besetzung der Jugendlichen in der Nachvermittlung zu forcieren. – Das war es von mir. Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Auch Ihnen danke schön! – Ich danke im Allgemeinen, aber ich glaube, es gab noch Fragen an den Senat. Herr Duvneck und Herr Blume möchten antworten. – Bitte schön, Herr Blume!

Christian Blume (SenBJF): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gebeten worden, noch einmal etwas zur Dienstvereinbarung zu sagen, die vorhin auch Herr Erdmann wiederholt erwähnt hat. Man kann an dieser Stelle nur den Ausführungen von Herrn Kötterheinrich-Wedekind zustimmen, dass die Kolleginnen und Kollegen im März 2020, als die Schließung der Schulen anstand, zunächst mit sehr großem Engagement ein System an den Schulen aufgebaut haben, das es ermöglicht hat, nur für den edukativen Bereich einen Informationstransfer zu Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen. Das geschah vielfach unter Nutzung von privaten E-Mailadressen, und das müssen wir jetzt ohne Zweifel durch ein System mit dienstlichen Mailadressen ablösen. Dafür haben wir hausintern ein Konzept erstellt. Wir sind auch deswegen in der Verpflichtung, hier so etwas zu erarbeiten, weil wir im Handlungsrahmen zum Schuljahr 2020/21 den Hybridunterricht expressis verbis nennen, um auch in solchen Phasen auf diese Art und Weise – wie es heute auch die Schulleitungen gefordert haben – den Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Also ein Konzept für dienstliche Mails wird kommen. Wir kümmern uns gerade um die Finanzierung, und in dem Zusammenhang muss es natürlich auch eine Dienstvereinbarung mit den Beschäftigtenvertretungen geben, Herr Erdmann, das ist völlig unstrittig. Mir liegt intern ein Vermerk vor, aber der ist noch nicht mit der Hausspitze kommuniziert. Das werden wir jetzt so schnell wie möglich nachholen und das hausintern abstimmen, und dann werden

wir selbstverständlich die Gespräche mit Ihnen, also an der Stelle mit dem Hauptpersonalrat und den anderen Beschäftigtenvertretungen im Land Berlin, aufnehmen.

Thomas Duveneck (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Eine Frage von Herrn Stettner ist auf jeden Fall offengeblieben, nämlich die nach der Sommerschule und der Planung in den Herbstferien. Wir halten an den Planungen fest, sie weiter für Jahrgangsstufen 1, 2, 7, 8 und 9 durchzuführen, aber das hat auch inhaltliche Gründe, weil pandemiebedingt bei den Kleinsten Lernrückstände entstanden sein können, weil mit ihnen in der totalen Lockdown-Phase am schwierigsten Unterricht digital möglich war. In den Stufen 7, 8 und 9 begründen wir es damit, dass die, die gerade übergegangen sind in die weiterführenden Schulen, für uns eine besondere Bedeutung haben, Stichwort: Bestehen des Probejahrs im Gymnasium, aber in der ISS und Gemeinschaftsschule gilt das genauso. Sie sind neue Lerner in dieser Schulart, und die Jahrgangsstufen 8 und 9 sind für die Schülerinnen und Schüler – wenn man denn auswählen muss und sie nicht flächendeckend für alle, für jede Jahrgangsstufe und jeden einsetzt – besonders bedeutsam, weil sich daran Anschlüsse in den nächsten Jahrgangsstufen abbilden.

Wir konnten in diesem Durchgang bis auf hundert Schülerinnen und Schüler, für die wir zunächst keine Plätze hatten, weil es mehr Anmeldungen als Plätze gab, allen ein Angebot machen. Diesen Schülerinnen und Schülern ist gesagt worden, sie kommen prioritär, wenn sie es wünschen, in den Herbstferien in die Sommerschule. Im Ergebnis war es ja so, dass dann doch nicht alle in die Sommerschule gekommen sind. Wenn wir das jetzt mit etwas stärkerer Vorlaufzeit für die Herbstferien planen können, hoffe ich, dass wir Nachrückerlisten machen können, wenn Eltern nicht wegfahren und sich darauf einlassen, weil sie hier sind. Das macht dann Sinn. Das war bisher aufgrund der Kürze der Zeit – die Senatorin hat es dargestellt – einfach nicht möglich. Da hat es geruckelt. – [Dirk Stettner (CDU): Lernraum?] – Lernraum: Wir arbeiten natürlich weiter an der Datenschutzkonformität, aber auch in den Fachbriefen, die wir geschrieben haben, sagen wir, der Lernraum kann von den Schulen ohne Bedenken genutzt werden, und damit ist er nach unserer Auffassung datenschutzrechtlich auch nutzbar. Das heißt nicht, dass wir bei der weiteren Stabilisierung und beim Ausbau mit weiteren Tools und Funktionen nicht trotzdem parallel dazu auch noch ein fixiertes Daten- und Sicherheitskonzept auflegen. Aber für die Schulen bedeutet es: Ich habe Sicherheit, wenn ich mit dem Lernraum Berlin arbeite.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner: Können Sie vielleicht noch eine Frage, die offengeblieben ist, bezüglich des Hygienemaßnahmeplans beantworten? – Die freien Schulen haben ihn angeblich am 7. August und die staatlichen am 4. August bekommen. Gibt es dafür eine Erklärung?

Thomas Duveneck (SenBJF): Es ist eine Frage an mich insofern, als die Schulen in freier Trägerschaft zu meinem Bereich gehören. Seitdem wir mit diesen vielen Schreiben seit Beginn der Pandemie Mitte März begonnen haben, läuft es an sich immer gleich. Was wir für die staatlichen Schulen machen, wird in dem Augenblick, in dem es über die Verteiler an die Schulaufsicht oder die staatlichen Schulen direkt geht, über unsere Verteiler auch noch einmal extra an die Schulträger und an die freien Schulen selbst verschickt. Also beide bekommen es. Wenn sich dabei irgendwie einmal eine zeitliche Verzögerung ergibt, dann liegt sie einfach daran, dass derjenige, der das da macht, vielleicht einen Tag später dran war. Aber im Prinzip ist da eine totale Gleichbehandlung zwischen den beiden Formen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen herzlichen Dank zunächst an die Anzuhörenden! Es war wirklich eine sehr gute und inhaltsreiche Diskussion – [Allgemeiner Beifall] – und auch eine Herausforderung bei der Hitze, die draußen und hier in den Innenräumen herrscht. Umso mehr und größer ist der Dank von uns allen. Wir werden diesen Tagesordnungspunkt zunächst einmal vertagen, bis uns das Wortprotokoll vorliegt und wir es gemeinsam beraten und auswerten können, und können jetzt diesen Tagesordnungspunkt schließen. Ich sage sonst immer, Sie können gern bleiben. An dieser Stelle sage ich aber lieber: Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise – wenn dem so sein sollte –, und dass Sie ein bisschen frische Luft draußen bekommen. Vielen herzlichen Dank noch einmal!

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen
Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie Musik- und
Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren
sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und
Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)
BildJugFam

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bevölkerungsprognose: Konsequenzen für die Kita-
und Schulentwicklungsplanung auf Landes- und
Bezirksebene**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0287](#)
BildJugFam

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/2727
**Bester Start in die Berliner Schule – Verbesserungen
bei Willkommensklassen**

[0337](#)
BildJugFam

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der FDP [0326](#)
Drucksache 18/2730 BildJugFam
Lehren und Lernen aus und nach der Coronakrise
- b) Antrag der Fraktion der FDP [0327](#)
Drucksache 18/2734 BildJugFam
Ausbildung trotz Corona sicherstellen

Punkt 7 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0329](#)
Absatz 3 der Verfassung von Berlin BildJugFam
Drucksache 18/2761 GesPflegGleich
**Neunte Verordnung zur Änderung der SARS-Cov-2-
Eindämmungsmaßnahmenverordnung** Haupt(f)
(auf Antrag aller Fraktionen) InnSichO
VO-Nr. 18/223 Recht*
Sport*
WiEnBe*

Hierzu:

- Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0329-1](#)
Absatz 3 der Verfassung von Berlin BildJugFam
Drucksache 18/2761-1 GesPflegGleich
**Neunte Verordnung zur Änderung der SARS-Cov-2-
Eindämmungsmaßnahmenverordnung** Haupt(f)
(auf Antrag aller Fraktionen) InnSichO
VO-Nr. 18/223 Recht
Sport*
WiEnBe*
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0330](#)
Absatz 3 der Verfassung von Berlin BildJugFam
Drucksache 18/2762 GesPflegGleich
**Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung
über das Verbot von Großveranstaltungen vor dem
Hintergrund der SARS-CoV-2-Pandemie
(Großveranstaltungsverbotsverordnung –
GroßveranstVerbV)** Haupt(f)
(auf Antrag aller Fraktionen) InnSichO
VO-Nr. 18/224 Recht*
Sport*
WiEnBe*

Hierzu:

- | | |
|---|--|
| <p>Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2762-1
Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung
über das Verbot von Großveranstaltungen vor dem
Hintergrund der SARS-CoV-2-Pandemie
(Großveranstaltungsverbotsverordnung –
GroßveranstVerbV)
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/224</p> | <p>0330-1
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport*
WiEnBe*</p> |
| <p>c) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2777
Zehnte Verordnung zur Änderung der SARS-Cov-2-
Eindämmungsmaßnahmenverordnung
– Vorabüberweisung –
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/225</p> | <p>0338
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe</p> |
| <p>d) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2790 Neu
Elfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Eindämmungsmaßnahmenverordnung
VO-Nr. 18/228
– Vorabüberweisung –
(auf Antrag aller Fraktionen)</p> | <p>0339
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe</p> |
| <p>e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50
Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2791
Grundsätze für die Ausgestaltung einer SARS-Cov-
2-Infektionsschutzverordnung aufgrund des
Infektionsschutzgesetzes
– Vorabüberweisung –
(auf Antrag aller Fraktionen)</p> | <p>0340
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe</p> |

- f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2801
SARS-Cov-2-Infektionsschutzverordnung
– **Vorabüberweisung** –
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/230
- [0341](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe

Hierzu:

- Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2801-1
SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
– **Vorabüberweisung** –
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/230
- [0341-1](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe

- g) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2809
**Erste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
– **Vorabüberweisung** –
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/236
- [0342](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe

Hierzu:

- Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2809-1
**Erste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
– **Vorabüberweisung** –
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/236
- [0342-1](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe

- h) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2807
Verordnung zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie an den allgemeinbildenden Schulen in Berlin
– Vorabüberweisung –
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
VO-Nr. 18/234
- [0343](#)
BildJugFam
- i) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2808
Verordnung zur Anpassung von Bestimmungen für die beruflichen Schulen im Land Berlin zur Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie
– Vorabüberweisung –
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
VO-Nr. 18/235
- [0344](#)
BildJugFam
- j) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2847
Zweite Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
– Vorabüberweisung –
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/241
- [0345](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- k) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2858
Dritte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
– Vorabüberweisung –
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/245
- [0346](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- l) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2883 Neu
Vierte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
– Vorabüberweisung –
(auf Antrag aller Fraktionen)
VO-Nr. 18/246
- [0347](#)
BildJugFam
GesPflegGleich
Haupt(f)
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.